

Bolschewismus

Schriftenreihe herausgegeben von
Georg Leibbrandt

Heft 9

SL 3050

SL₂ 655

Hans Kauenstein

ENSV
Riiklik Avalik
Raamatukogu

Der Arbeiter in der Sowjetunion



Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf.,
München

Bolschewismus

Schriftenreihe — Herausgegeben von Georg Leibbrandt

- Heft 1: Alfred Rosenberg
Pest in Rußland
Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer
Kart. RM. —,50
- Heft 2: Georg Leibbrandt
Moskaus Aufmarsch gegen Europa
Kart. RM. —,60
- Heft 3: Otto Keil
Der Bauer in der Sowjetunion
Kart. RM. —,00
- Heft 4: Paul Schmitz
Moskau und die islamische Welt
Kart. RM. —,00
- Heft 5: Georg Leibbrandt
Jüdische Weltpolitik in Selbstzeugnissen
Kart. RM. —,70
- Heft 6: Alfred Rosenberg
Europa und sein Todfeind
Vier Reden über das bolschewistische Problem / Kart. RM. —,50
- Heft 7: Hans Arebs
Prag und Moskau
Mit einem Geleitwort von Reichsminister Dr. Wilhelm Frick
Kart. RM. —,70
- Heft 8: Friedrich Kopp
Deutschland — Europas Bollwerk im Osten
Germanische Leistungen für Europas Sicherheit / Kart. RM. —,60
- Heft 9: Hans Rauenstein
Der Arbeiter in der Sowjetunion
Mit einem Vorwort des Reichsorganisationsleiters Dr. Robert Ley
Kart. RM. —,70

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., G.m.b.H., München

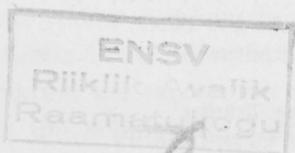
SL 3050

87

Hans Kauenstein

Der Arbeiter in der Sowjetunion

Mit einem Vorwort des Reichsorganisationsleiters
Dr. Robert Ley



SL 3050

2-251130



19 39

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., G.m.b.H., München

Aus dem Inhalt

	Seite
Vorwort des Reichsorganisationsleiters Dr. Ley	3
Der Leidensweg des Arbeiters	5
Die Bedeutung der Fünfjahrpläne für den Arbeiter	8
Die Versorgung der Arbeiterschaft	9
Bolschewistische Arbeitsmethoden	13
Das Stachanowssystem	17
Die Bindung des Arbeiters an den Betrieb	20
Die Arbeitszeit	22
Arbeiterschutz	24
Die Zustände in den Betrieben	27
Zwangsarbeit	31
Der Arbeitslohn	33
Lebenshaltungskosten	36
Lohnrückstände und Zwangsanleihen	38
Arbeiterwohnungen	40
Sanitäre Verhältnisse, Krankenhäuser und Bäder	43
Die Gestaltung der Freizeit des Arbeiters	46
Das Familienleben	48
Die Aufstiegsmöglichkeiten für den Arbeiter	52
Die staatsbürgerlichen Rechte des Sowjetarbeiters	54
Die Diktatur des Proletariats	56

Vorwort

Durch Vergleiche lernt man am besten. Wir Deutschen haben uns daran gewöhnt, die Leistungen des Dritten Reichs auf sozialem, wirtschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet als etwas Selbstverständliches hinzunehmen. „Kraft durch Freude“ ist der Ausdruck des sozialen Lebens in Deutschland und ist aus diesem nicht mehr wegzudenken.

Über das Los der Arbeiterschaft in der Sowjetunion dagegen trifft so recht das Urteil zu, welches der französische Schriftsteller Victor Boret nach einem gründlichen Studium der Sowjetunion gefällt hat: „Ihre Seelen sind Gräber geworden“ (leurs âmes sont devenues tombes).

Die vorliegende Schrift gibt aus einer Fülle von Informationen sowie auf Grund einer reichen Sachkenntnis einen umfassenden Einblick in den Alltag des Arbeiters in der Sowjetunion. An Hand dieser Darlegungen können wir ermessen, wie dankbar wir und alle Kulturnationen der Welt unserem Führer sein müssen, daß er Deutschland und die Welt vor dem Bolschewismus errettet hat.

Jr. R. Ley.

Auf Anordnung des Beauftragten des Führers für die gesamte geistige
und weltanschauliche Erziehung der NSDAP.,

Reichsleiter Alfred Rosenberg,

ist die Schriftenreihe „Bolschewismus“ als Schulungsmaterial in der
Partei und in den angeschlossenen Verbänden eingeführt.

Der Leidensweg des Arbeiters

Eine Untersuchung, wie der Arbeiter in der Sowjetunion lebt, gibt die beste Möglichkeit, den Marxismus in seiner Wirklichkeit kennenzulernen. Denn gerade die Arbeiterschaft wurde Jahrzehnte hindurch als die Klasse bezeichnet, die dereinst ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen und, von jeder Ausbeutung befreit, ihr Glück selber schaffen werde.

Dabei war im Zarenreich das industrielle Proletariat, auf das es dem Marxismus ankam, zahlenmäßig verschwindend gering. Zu ihm gehörten von 168 Millionen Einwohnern nur zwei Millionen Berufstätige. Rußland war ja ein ausgesprochener Agrarstaat, der erst die Ansätze zu einer industriellen Entwicklung zeigte. Unter dem Schutze von hohen Zöllen hatte in wenigen Städten eine Industrie entstehen können, die dort allerdings beträchtliche Ausmaße aufwies. So kam es, daß sich an wenigen Stellen bedeutende Arbeitermassen zusammenballten.

In ihnen fand der in Rußland eindringende Marxismus einen natürlichen Nährboden. Die Not der werktätigen Massen im Zarenreich war groß, so daß eine zielbewußt geleitete Bewegung, die die Besserung der Lebensbedingungen und sogar den Sturz der „verhassten Ordnung“ versprach, Erfolg haben mußte. Die Industrie war unorganisch gewachsen, ganz in der kapitalistischen „Freiheit“ aufgebaut; auf die berechtigten Interessen der Arbeiter wurde keinerlei Rücksicht genommen. Weder der Unternehmer noch der Staat dachten daran, wesentliche soziale Reformen durchzuführen. Das Zarenreich hatte erst 1861 die Leibeigenschaft beseitigt. Da die Loslösung von jahrhundertealten Gewohnheiten nur in einem sehr langen Zeitraum möglich ist, so bestand das schroffe Verhältnis von Freien zu Unfreien fast ungeschmälert weiter. Hinzu kommt, daß die dem Russen eigentümliche Art der Menschenbehandlung sich auch auf das soziale Leben übertrug. Es wäre falsch, wollte man übersehen, daß sich auch der Zarenstaat um einige Reformen bemühte, und daß es auch Unternehmer gegeben hat, die ihren Arbeitern freundlich gegenüberstanden. Diese Besserungsversuche waren aber selten oder betrafen nur Äußerlichkeiten und blieben daher völlig ohne Einfluß.

So war die Unzufriedenheit der Arbeiter im alten Rußland der Ausdruck einer echten Volksnot. Sogar der Großfürst Alexander, der Schwager Nikolaus II., bezeichnete ihre Lage als „furchtbar“. Die Demonstration

vom 5. Januar 1905, als Tausende von Arbeitern mit Heiligen- und Zarenbildern vor das Winterpalais in Petersburg zogen, sollte dem Landesherren das Elend seiner Untertanen vor Augen führen. Das Manifest, das man dem Zaren überreichen wollte, schilderte dieses Elend mit rührenden Worten und klang in ein gläubiges Vertrauen zu der Güte des Herrschers aus. Es ist bekannt, wie an jenem „blutigen Sonntag“ im Januar 1905 die spontane Kundgebung der Massen niedergeworfen worden ist.

Diese Not machte sich der jüdische Marxismus zunutze. Seine Propaganda war einseitig auf die Forderungen und Wünsche der Arbeiter eingestellt. Seiner geschickten und raffinierten Taktik — dem Proletariat Freiheit, dem Bauern Land und dem Soldaten Frieden zu versprechen — verdankt er den Sieg in der Oktoberrevolution.

Nun war die Zeit der Erfüllung gekommen. Es wurde „nach dem Willen des Proletariats“ der Kommunismus eingeführt, das Privateigentum abgeschafft und die gesamte Wirtschaft der jetzt „herrschenden Klasse“ überantwortet. Die niedrigsten Instinkte der aufgeheizten Massen erhielten freien Lauf. „Raubt das Geraubte“ war Lenins Losung. Die Bourgeoisie, die „Kulaken“, wie man die durch Fleiß zu Wohlstand gekommenen Bauern bezeichnete, die „Ehemaligen“, ein großer Teil des Mittelstandes und der Intelligenz wurden „liquidiert“. Ungeheure Werte an Volksvermögen wurden sinnlos vernichtet. Die Sowjets waren nicht imstande, dem allgemeinen Verfall zu steuern. Als der Appell an das „sozialistische Verantwortungsbewußtsein“ der Massen wirkungslos verhallte, griff die Kommunistische Partei zu einem radikalen Mittel: sie „militarisierte“ die Arbeit, d. h. sie ließ das Proletariat durch die Rote Garde zur Arbeit zwingen. Aber eine geordnete Tätigkeit war unmöglich geworden. Die Ökonomie des Landes brach auseinander, da die Bauern aus Protest gegen die bolschewistische Requisitionspolitik die Lieferung von Lebensmitteln einstellten. Vor dem Hunger floh die Arbeiterschaft in Massen auf das Land. Selbst Lenin bekannte:

„Die Diktatur des Proletariats in Rußland hat der herrschenden Klasse Elend und Entbehrungen gebracht, wie sie die Geschichte noch nie gekannt hat. Während des Bürgerkrieges haben von allen Klassen die Vertreter des Proletariats am meisten gelitten. Das Proletariat hat die größten Leiden und Prüfungen durchmachen müssen. Die Hungersnot trieb die Menschen, wohin sie nur flüchten konnten. Schließlich verließen die Arbeiter ihre Fabriken, gingen aufs Land zurück, machten sich dort sesshaft und hörten auf, Arbeiter zu sein. Noch nie hat die Arbeiterklasse so gelitten, wie in den ersten Jahren ihrer Diktatur“ (Ges. Werke, Band XVIII, russ. Ausgabe S. 128, 159, 191).

Die Bolschewisten haben versucht, die Katastrophe der ersten Periode ihrer Herrschaft, des sogenannten „Kriegskommunismus“ (bis 1921), auf den Bürgerkrieg, auf den „Raubzug der imperialistischen Mächte“ (die Intervention) und nicht zuletzt auf Naturunbilden zurückzuführen. Doch eine sachliche Prüfung dieses Einwandes ergibt, daß die äußeren Einflüsse die Folgen der bolschewistischen Wirtschafts- und Staatspolitik wohl verschärft haben, sie aber nicht im geringsten erklären können. Der Hauptgrund liegt im Bolschewismus. Der Leidtragende war niemand anderes als die Arbeiterschaft selbst. Sie hat dann, als nach dem ersten Freiheitsrausch die Wirklichkeit offenbar wurde, ihrem Unmut wiederholt Ausdruck verliehen. Sie mußte aber erfahren, daß die Gewalt der neuen Machthaber, ihrer angeblichen Vertreter, sie genau so traf wie die „Kapitalisten“. Das Blutbad von Astrachan, im März 1919, mit dem die Sowjets die Forderung des dortigen Proletariats nach einer Lohnerhöhung beantworteten, ist eins der vielen Beispiele dafür.

1921/22 brach als eine Folge des Systems eine Hungersnot aus, deren Opfer die Bolschewisten selbst auf sechs Millionen schätzen. Den Ausweg aus der Katastrophe fand Lenin nur dadurch, daß er den Kommunismus zu einem großen Teile abbaute. Das ist die sogenannte „Neue Ökonomische Politik“ (NEP.), die dem Staate eine „Atempause“ gewähren sollte. Das Land erholte sich überraschend schnell, aber nicht dank dem Sowjetsystem, sondern gerade durch Maßnahmen, die dem Bolschewismus durchaus widersprachen. Die NEP. hat bis 1927 Bestand gehabt. Von da ab lehrte Stalin, der Herrscher seit Lenins Tode, zum „Sozialismus“ zurück. Die Folgen waren dieselben wie in den ersten Revolutionsjahren; 1932/33 litt das weite Land wieder unter einer Hungersnot, die beispiellose Opfer forderte. Aber auf die Leiden der Massen kam und kommt es der jüdisch-bolschewistischen Clique im Kreml nicht an. Denn ihr Ziel ist nicht der Neubau einer Ordnung, die das Leben und die Zukunft des Volkes sicherstellt. Es geht ihr nur um die Verwirklichung einer Idee, die die Völker der Sowjetunion ebenso unberücksichtigt läßt wie auch jedes andere Volk außerhalb der UdSSR.: die Weltrevolution. Ihr wird alles geopfert, was das Land aufzubringen vermag. Die Voraussetzungen, die Mittel hat der arbeitende Mensch zu liefern; auf ihm ruht die Last dieser wahnsinnigen Politik. Der Fanatismus der Sowjets, den internationalen Umsturz unter allen Umständen und möglichst bald durchzuführen, erklärt das Maß der Forderungen, die an die Arbeiterschaft in dem Moskauer Zwangsstaat gestellt werden. So schließt sich die Kette: einst erkoren zum Bannerträger im Kampfe um die Freiheit, hat der verführte Arbeiter unter qualvollen Entbehrungen die Revolution durchführen helfen und ist unter das Joch einer Knechtschaft geraten, die diese Schrift schildern will.

Die Bedeutung der Fünfjahrpläne für den Arbeiter

Seit dem Beginn der Fünfjahrpläne hat sich die Lage des Arbeiters, die sich in der NEP-Zeit etwas gebessert hatte, wieder in zunehmendem Maße verschlechtert. Die Fünfjahrpläne stellen den krampfhaften Versuch der Sowjetregierung dar, die Industrialisierung des technisch weit zurückgebliebenen Landes in gesteigertem Tempo vorwärts zu treiben, um in erster Linie die Rüstung der Roten Armee auf einen modernen Stand zu bringen und diese damit zu einem schlagkräftigen Instrument der Weltrevolution zu machen. Die Voraussetzungen für eine so rasche industrielle Entwicklung waren aber nicht vorhanden. Bei Beginn des ersten Fünfjahrplanes hatte sich die russische Industrie noch nicht vollständig von den Schäden der Revolutionsjahre und von den Auswirkungen der wilden Wirtschaftsexperimente des Kriegskommunismus erholt. Vor allen Dingen fehlte es an qualifizierten Industriearbeitern, die imstande gewesen wären, neue Industriewerke aufzubauen und zu betreiben.

Für den Bedarf an Sacharbeitern, der bei dem Ausbau der Industrie immer dringender wurde, konnte man jedoch die Hilfe des Auslandes nicht in ausreichendem Umfange heranziehen. Man sah sich gezwungen, die Arbeitskräfte für die Industrialisierung aus dem eigenen Menschenreservoir in größerem Umfange zu mobilisieren. Das waren Menschen, die bisher ein primitives Dasein auf dem Dorfe geführt hatten und weder ihrer allgemeinen noch ihrer technischen Vorbildung nach die einfachsten Voraussetzungen für das Arbeiten mit komplizierten Maschinen mitbrachten. Es waren zum großen Teil Analphabeten, die aber auch ihrer ganzen Mentalität und Einstellung nach nicht von heute auf morgen in brauchbare Industriearbeiter umgewandelt werden konnten.

Soweit man diesen Vorgang nach der sehr lückenhaften Bevölkerungsstatistik der Sowjets verfolgen kann, ergibt sich, daß die städtische Bevölkerung von 1928 bis 1933 von 28 Millionen Menschen auf 40 Millionen Menschen angewachsen ist. Sie ist bis 1937 vermutlich weiter bis auf ungefähr 45 Millionen gewachsen, während die Zahl der Landbevölkerung in derselben Zeit zurückgegangen ist. Während der Anteil der Landbevölkerung im Jahre 1929 noch 82 v. H. betrug, war er im Jahre 1936 wohl nicht mehr als 73 v. H.

Nun können wir zwar auch bei anderen Ländern im Laufe ihrer geschichtlichen Entwicklung mit zunehmender Industrialisierung eine steigende

Verstädterung beobachten. Aber das waren Entwicklungen, die allmählich vor sich gingen. In der Sowjetunion dagegen wurden durch den gewaltsamen Eingriff eines staatlichen Regimes, das auf die Lebensgesetze der ihm unterworfenen Völker keinerlei Rücksicht nimmt, im Verlaufe von wenigen Jahren fast 20 Millionen Menschen von der heimatischen Scholle losgerissen und in die Städte und Industriefiedlungen hineingetrieben, wo für sie nicht einmal die primitivsten Notwendigkeiten des Lebens sichergestellt waren. Infolgedessen waren sie unerhörten Leiden und Entbehrungen ausgesetzt. Vor allen Dingen spottete das damit heraufbeschworene Wohnungselend jeder Beschreibung. Aber auch für die alteingesessene Stadt- und Industriebevölkerung bedeutete dieser Zustrom der Millionen eine wesentliche Verschlechterung der Daseinsbedingungen. Da die Wirtschaft noch in keiner Weise instande war, den plötzlich auftretenden zusätzlichen Bedarf dieser aus Selbstversorgern zu Konsumenten gewordenen Millionen zu decken, sah sich die Sowjetregierung gezwungen, gleichzeitig mit dem Beginn der Fünfjahrespläne das Kartensystem wieder einzuführen und damit zu einem System zurückzukehren, dessen Unzulänglichkeit sich schon in der Zeit des Kriegskommunismus zur Genüge gezeigt hatte.

Die Versorgung der Arbeiterschaft

Die Versorgungsverhältnisse der Arbeiterschaft verschlechterten sich mit der Einführung des Kartensystems sehr stark. Die Bürokratie, die schon ohnedies das Wirtschaftsleben der Sowjetunion in stärkstem Maße behinderte, wurde durch die großen organisatorischen Schwierigkeiten einer staatlichen Regulierung der Güterverteilung ins Ungemessene gesteigert. Der Leidtragende dieses Systems war der Konsument, und zwar in erster Linie der Massenkonsument, d. h. die Arbeiterschaft. Sehr bezeichnend für die Art dieses bolschewistischen Kartensystems war es, daß einzelne Bevölkerungsgruppen dabei recht gut versorgt wurden. Den bolschewistischen Funktionären, den hochbezahlten Fachleuten, den Angehörigen der GPU. und der Roten Armee und zeitweise auch den ausländischen Spezialisten wurden besondere Läden zugeteilt, die durch bevorzugte Belieferung von den üblichen Versorgungsschwierigkeiten verschont blieben und in denen die Waren in viel besserer Qualität und Auswahl zu haben waren als in den Läden der Arbeiterschaft. So wurde das Kartensystem von der parasitären Schicht der Nutznießer des bolschewistischen Systems dazu ausgenutzt, ihre privilegierte Stellung auszubauen und sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, die der großen Masse der Bevölkerung versagt blieben.

Für den Sowjetarbeiter bedeuteten die Abdrosselung des Privathandels der NEP. und die Einführung des Kartensystems eine Beschränkung seines Konsums auf einige wenige durch das staatliche Verteilungssystem bewirtschaftete Standardwaren, die er in sehr begrenzter Menge und ohne Auswahl in den staatlichen Verteilungsstellen auf seine Karten kaufen konnte. Aber selbst die Verteilung dieser wenigen Waren funktionierte so schlecht, daß ihre Beschaffung gewöhnlich mit großen Mühen und Schwierigkeiten verbunden war. Es kam häufig vor, daß auch schwer zu entbehrende Konsumwaren, wie Zucker oder Seife, trotz der Bezugskarten, wochenlang nicht zu haben waren. Wenn irgendwelche begehrten Waren in den Verteilungsstellen auftauchten, bildeten sich vor Öffnung des Ladens endlose Schlangen, in denen die Käufer geduldig anstanden. So verbrachten der Arbeiter oder die Arbeiterfrau einen erheblichen Teil ihrer arbeitsfreien Zeit damit, sich dort anzustellen, wo es etwas zu kaufen gab, oder herumzulaufen, um irgendwelche Kaufmöglichkeiten ausfindig zu machen. Der Warenmangel war so groß, daß man sich gewöhnlich ohne Besinnen dort anstellte, wo Schlange gestanden wurde, und erst hinterher erfuhr, was es eigentlich zu kaufen gibt.

Natürlich wirkte diese schlecht funktionierende Zwangswirtschaft auf die Bevölkerung stark demoralisierend. Wenn man sich auf seine Bezugskarten verließ, dann war man vor Hungern und Frieren nicht sicher. Wenn der Arbeiter sich überhaupt einigermaßen durchschlagen wollte, so mußte er darauf bedacht sein, irgendwelche illegale Möglichkeiten ausfindig zu machen, um auf Umwegen, durch Beziehungen und durch kleine Schiebungen seine Versorgung zu verbessern.

Der Warenmangel nahm unter dem System der Zwangswirtschaft allmählich so groteske Formen an, daß sich die Sowjetregierung zu einer allmählichen Lockerung entschließen mußte. Etwa seit 1932 wurden neben den geschlossenen Verteilungsstellen sogenannte Kommerzläden eingerichtet, durch die der bolschewistische Staat den Arbeiter rücksichtslos bewucherte. In diesen Läden wurden zu ungewöhnlich hohen Preisen einzelne Waren verkauft, die der Arbeiter vielleicht schon seit Jahren entbehrt hatte, und die er daher trotz des hohen Preises zu kaufen geneigt war. Gleichzeitig wurde wieder eine Art von Markthandel zugelassen, den im wesentlichen die neu geschaffenen Kollektivwirtschaften betreiben sollten. Auch hier waren die Preise der gesunkenen Kaufkraft des Rubels entsprechend sehr hoch und standen in einem argen Mißverhältnis zu den niedrigen Löhnen der Arbeiter.

Nach diesen ersten Ansätzen wurde dann im Verlaufe des Jahres 1934 das Kartensystem vollständig aufgehoben. Damit trat mit einem Male die starke Entwertung des Rubels zutage, die während der Jahre der Zwangs-

wirtschaft durch die willkürliche und uneinheitliche Preisgestaltung in den geschlossenen Verteilern nach außen hin verschleiert war. Der Rubel, der nach der schlimmen Inflationsperiode in den Jahren 1923/24 stabilisiert worden war, hatte während der Jahre der NEP. seine Kaufkraft einigermaßen erhalten können. Als Stalin mit seinen neuen Wirtschaftsexperimenten begann, ging es aber, erst allmählich, dann immer schneller abwärts. Die schreiende Mißwirtschaft des verstaatlichten Wirtschaftsapparates und die verstärkte Emissionstätigkeit, die von der Sowjetregierung zum Zwecke der Finanzierung der neuen Industriewerke durchgeführt wurde, führten sehr bald zu einer starken Geldentwertung. Mit Entsetzen mußte der Arbeiter feststellen, wie angesichts der auf dem freien Markt ständig steigenden Preise die Kaufkraft seines Lohnes immer mehr zusammenschrumpfte. Als dann das Kartensystem mit seinen normierten Preisen aufgehoben wurde und der Arbeiter damit vollständig auf die Preise des freien Marktes und die als „Kommerzpreise“ bezeichneten staatlichen Wucherpreise angewiesen war, da wurde diese Kaufkraftschrumpfung noch deutlicher. Was nutzte es, daß der Nominallohn des Arbeiters inzwischen erhöht worden war, wenn die Preise demgegenüber sich um ein Vielfaches gesteigert hatten. Nach der Abschaffung des Kartensystems konnte der Arbeiter feststellen, daß sein realer Arbeitsverdienst im Vergleich zu der NEP.-Zeit, in der er auch schon viel niedriger war als der eines Arbeiters in den westeuropäischen Ländern, auf ungefähr ein Drittel herabgedrückt worden war. Durch ein Jonglieren mit angeschwollenen Inflationsziffern suchte die jüdisch-bolschewistische Herrscherclique diese schonungslose Ausbeutung des Arbeiters zu verbergen. Aber der Trick war zu plump, als daß nicht auch der einfache Arbeiter, der ja am eigenen Leib die minimale Kaufkraft seines Lohnes am besten feststellen konnte, ihn durchschaute.

Zwar ist nach außen hin das Warenangebot nach der Abschaffung des Kartensystems reichhaltiger geworden. In den Schaufenstern der Läden, die vorher nur mit Attrappen aus Papplarton mit Leninbüsten und ähnlichen nutzlosen Dingen dekoriert waren, sind wieder einige Waren zu sehen. Für den Ausländer, der unter der geschickten Führung der von den Sowjets für Propagandazwecke geschaffenen Organisation „Intourist“ die großen Städte besucht, entsteht dadurch der falsche Eindruck, als hätten sich die Verhältnisse im Lande gebessert. Wenn der leichtgläubige Ausländer dagegen sich die Mühe macht, nach den Preisen zu forschen, so muß er die erstaunliche Feststellung machen, daß es ihm verboten ist, Ladenpreise zu notieren. Das hat seinen guten Grund, denn diese Preise sind so hoch, daß dadurch die erbärmliche Lage des Sowjetarbeiters ohne weiteres ersichtlich wird.

Ebenso wie der Zustand der Zwangswirtschaft mit den sehr unterschiedlichen Bezugsrechten und der sehr verschiedenen Belieferung der einzelnen Verteilungsstellen für die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung dazu diente, den Nutznießern des Systems eine privilegierte Stellung zu verschaffen, so dient auch der jetzige Zustand in erster Linie dem Vorteil der herrschenden Clique. Für die ganze Schicht der Bonzen, die zum großen Teil recht hohe Gehälter verdienen und die außerdem noch skrupellos alle gegebenen illegalen Möglichkeiten ausnutzen, um sich zu bereichern, ist das Leben allerdings leichter und angenehmer geworden. Das Warenangebot in den Läden ist in der Auswahl erheblich größer, und neben den üblichen Standardwaren des Massenbedarfs werden jetzt auch höherwertige und teure Artikel angeboten, die für den Arbeiter zwar nicht erschwinglich sind, von dem hochbezahlten Sowjetbonzen dagegen gekauft werden können. Das geht so weit, daß man in den großen Städten hier und da staatliche Schneiderwerkstätten eingerichtet hat, in denen Anzüge nach Maß angefertigt werden, ein für Sowjetverhältnisse unerhörter Luxus. So ein Maßanzug kostet allerdings etwa das Zehnfache des Monatslohnes eines Arbeiters, ist also für den Durchschnittsverdiener gar nicht zu erschwingen. Mitunter hat man auch in den Städten neue Restaurants und Cafés eröffnet, die das neue „fröhliche Leben“ in der Sowjetunion vortäuschen sollen. Die Preise in diesen Lokalen sind aber derart, daß nur die hohen Funktionäre sich dort vergnügen, während die Arbeiter von außen erbittert diesem Treiben zusehen und einsehen müssen, wie sehr sie um jene Ziele, durch die man sie in der Revolutionszeit gelockt hatte, betrogen worden sind.

Wenn man vorher noch den Anschein aufrechterhalten konnte, als sei tatsächlich das Industrieproletariat, wie es der bolschewistischen Doktrin entspricht, die bevorzugte Schicht im Sowjetstaat, so ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen auch für den einfachen Mann sehr deutlich geworden, daß nicht der Industriearbeiter Vorrechte und eine wirtschaftliche Sonderstellung genießt, sondern daß sich eine neue privilegierte Schicht herausgebildet hat, die sich aus jüdischen Intellektuellen und der großen Schar jüdischer und sonstiger Sowjetbonzen zusammensetzt, die nichts mit dem einfachen Arbeiter gemein haben. Diese neue Herrschicht nutzt rücksichtslos die errungene Machtstellung zum eigenen Vorteil aus und hat die soziale Stellung des Industriearbeiters so weit verschlechtert, daß sie heute noch wesentlich ungünstiger ist als in der Vorkriegszeit im zaristischen Rußland.

Wie sich die Lebensverhältnisse des Arbeiters in der Sowjetunion heute gestalten, darüber soll in den folgenden Kapiteln eine nähere Schilderung gegeben werden.

Bolschewistische Arbeitsmethoden

Nach der bolschewistischen Lehre ist die „Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“ die Quelle alles Übels auf dieser Erde. In sturer Engstirnigkeit sieht man in den materiellen Beziehungen der Menschen zueinander, in den daraus angeblich mit Notwendigkeit resultierenden Gegensätzen, die zum Klassenkampf führen sollen, das einzig bewegende Moment der Geschichte. Man glaubte daher oder gab wenigstens vor, es zu glauben, daß man bereits das Paradies auf Erden geschaffen habe, wenn nur diese „Ausbeutung der Menschen“ beseitigt wäre. Mit der Vertreibung der Privatunternehmer und mit der Verstaatlichung der Industrie glaubte man, eine historische Tat vollbracht zu haben, die eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte einleiten werde. Sehr bald mußte man aber erkennen, daß auch der Unternehmer bzw. der Fabrikdirektor eine volkswirtschaftliche Funktion als Leiter des Betriebes ausgefüllt hatte. Es entstand nun die schwierige Frage, wie man ohne einen derartigen verantwortlichen Leiter einen großen Fabrikbetrieb in Gang halten solle.

Den revolutionären Schlagworten der Bolschewiken entsprechend, sollten die Arbeiter selbst die Herren der Betriebe sein und den Produktionsprozeß nach ihren eigenen Wünschen gestalten. Man versuchte in der ersten Zeit durch Kollegien aus Vertretern der Arbeiterschaft und durch Beschlüsse der Arbeiterversammlungen die Betriebe zu leiten. Diese Methoden führten jedoch zu einem katastrophalen Ergebnis. In den ersten Jahren nach der Revolution, in denen nach kommunistischen Grundsätzen gewirtschaftet wurde, kam die Industrie fast völlig zum Erliegen. Niemand hatte rechte Lust zum Arbeiten, und da niemand da war, um die Arbeit zu organisieren, waren die Leistungen entsprechend minimal. Außerdem waren die Lebensbedingungen in den Städten in dieser Zeit so unerträglich, daß auch von den alteingesessenen Arbeitern viele ihre Arbeitsstätte verließen und aufs Dorf wanderten, wo sie sich vom Hunger weniger bedroht fühlten.

Um die Arbeitsdisziplin wiederherzustellen, setzte man als Leiter der Fabriken sogenannte „Rote Direktoren“ ein, deren Befugnisse jedoch durch andere Organe erheblich eingeschränkt wurden. Die Interessen der Arbeiterschaft der Fabrikleitung gegenüber sollte der Vertreter des Gewerkschaftsverbandes wahrnehmen. Seine Macht ging allerdings in der Folgezeit immer mehr zurück, da die Gewerkschaften ihres ursprünglichen Charak-

ters immer mehr entkleidet wurden. Als Vertreter der Kommunistischen Partei sollte der Sekretär der örtlichen Parteizelle für die Einhaltung der Parteidirektiven in der Leitung des Betriebes sorgen. Dieses sogenannte „Dreieck“, bestehend aus dem Roten Direktor, einem Gewerkschaftsbonzen und einem Parteibonzen, stellte das leitende Gremium des Sowjetbetriebes dar. Da die Kompetenzen dieser drei Organe sich vielfach überschneiden, ergab sich häufig ein Gegeneinanderarbeiten, das die Arbeit des Betriebes lahmlegte.

Der Rote Direktor hatte infolgedessen zunächst eine recht schwache Position. Es wurde zwar sehr bald zum Prinzip, daß der Fabrikdirektor Mitglied der Kommunistischen Partei sein mußte. Meist handelte es sich dabei um Personen ohne entsprechendes Fachwissen, die in Parteischulen politisch geschult und in einigen Spezialkursen für ihre Aufgaben vorbereitet worden waren. Den eigentlichen Fachleuten, besonders den älteren, die ihre Ausbildung noch in der Vorkriegszeit erhalten hatten, glaubte man einen Betrieb nicht anvertrauen zu können. Sie wurden aber vielfach als technische Betriebsleiter und stellvertretende Direktoren verwendet. Obwohl die Leiter der Industriebetriebe schon nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt sind, hält man es bei der allgemeinen Unsicherheit des Regimes für erforderlich, sie noch durch besondere Kontrollorgane überwachen und bespitzeln zu lassen. Der politische Kommissar, im Volksmund als „Auge“ bezeichnet, ist gewöhnlich ein alter Tschekist und wirkt auch im Betriebe als Exponent der gefürchteten Tscheka bzw. GPU. Er wacht als Aufpasser über die politische Gesinnung der Arbeiter und sorgt dafür, daß alle Elemente, die sich irgendwie in unvorsichtigen Gesprächen verdächtig gemacht haben, entlassen und bestraft werden.

Das Nebeneinander der verschiedenen Instanzen des Betriebes, die sich gegenseitig beargwöhnten und befehdeten, führte zu derartigen Mißständen und zu einem solchen Bürokratismus, daß man sich unter dem Druck der Aufgaben des ersten Fünfjahrplanes entschloß, die Kompetenzen des Fabrikdirektors zu erweitern und auch die Stellung der Fachleute zu verbessern. Eine Zeitlang war das Schlagwort von der „einheitlichen Befehlsgewalt“ die große Mode. Aber dies dauerte nicht lange. Ein System, das sich auf dem Terror und dem Mißtrauen aller gegen alle aufbaut, ist nicht der geeignete Boden für die Entfaltung privater Initiative und desjenigen Maßes von Verantwortungsbewußtsein, das für die selbständige Leitung eines Betriebes erforderlich ist. Das bolschewistische Regime braucht immer wieder Sündenböcke für seine eigenen Fehler und Unzulänglichkeiten. Wenn schwere Störungen im Betrieb auftreten oder aus irgendwelchen Gründen der Produktionsplan nicht erfüllt werden kann, dann wird unter Umständen dem Fabrikdirektor oder dem Fachmann als tech-

nischem Leiter die Schuld daran zugeschoben. Die Nichterfüllung des Betriebsplanes kann als böswillige Sabotage ausgelegt und entsprechend schwer bestraft werden. So sind die verantwortlichen Personen ständig der Gefahr ausgesetzt, in politische Prozesse verwickelt zu werden. Im Verlaufe von verschiedenen „Reinigungsaktionen“ und politischen Prozessen wurde eine große Anzahl von Fabrikdirektoren abgesetzt und verhaftet. Nachdem der Terror der GPU. in der letzten Zeit immer mehr zugenommen hat, ist die allgemeine Unsicherheit und die Scheu vor der Übernahme irgendeiner Verantwortung noch mehr gewachsen. Das ist eine der wichtigsten Ursachen für die schwere Industriekrise der letzten Zeit.

Da der Betrieb als wichtige Plattform für die Durchführung der verschiedensten politischen und propagandistischen Aufgaben angesehen wird, ist der Arbeiter neben seiner täglichen schweren Arbeit noch mit einer Anzahl von zeitraubenden Versammlungen und sonstigen politischen Aufgaben belastet. Die Sucht, Versammlungen abzuhalten, ist kennzeichnend für das Arbeitssystem der Sowjets. Das Bonzenium der verschiedenen Organisationen des ganzen überorganisierten wirtschaftlichen und politischen Apparates sieht in solchen Versammlungen ein Mittel, um seine Existenzberechtigung zu beweisen und sich durch schönklingende Ansprachen und leicht erzielbare „Beschlüsse“ der Arbeiterschaft bei den vorgesetzten Stellen in ein günstiges Licht zu setzen. Da man hierbei selten über konkrete Dinge sachlich verhandelt, sondern sich im allgemeinen darauf beschränkt, schöne Phrasen zu dreschen und endlos zu diskutieren, so ziehen sich die Versammlungen gewöhnlich sehr stark in die Länge und sind für die teilnehmenden Arbeiter sehr ermüdend und zermürend. Die Teilnahme an den Versammlungen ist für den Arbeiter Pflicht. Wer es wagt fernzubleiben, hat schwere Repressalien zu gewärtigen.

Die Arbeit in den Fabriken wurde in der ersten Zeit nach der Revolution nach kommunistischen Grundsätzen organisiert. Für die Ableistung der vorgeschriebenen Arbeitszeit erhielt der Arbeiter das Recht, eine bestimmte Menge von Waren, die nach der Theorie zum Lebensunterhalt ausreichen sollten, zu beziehen. Späterhin ging man nach ähnlichen Gesichtspunkten zu einer Entlohnung in Geld über. Man mußte aber dann die Erfahrung machen, daß bei derartigen kommunistischen Entlohnungsgrundsätzen, bei denen die Verschiedenheit der Leistung und die Verschiedenheit der Qualifikation unberücksichtigt blieb, die Ergebnisse der Arbeit außerordentlich niedrig waren. Diese Grundsätze waren eine Prämie für den faulen und schlechten Arbeiter. Als man mit der Einführung der NEP. wieder vernünftigeren Wirtschaftsgrundsätzen Geltung zu verschaffen suchte, ging man zu einer Differenzierung der Löhne nach Leistung und Qualifikation über. Es wurden Lohnsätze ausgearbeitet, in denen die einzelnen Arbeits-

vorgänge je nach der Qualifikation und physischen Leistung, die sie erforderten, in verschiedene Kategorien eingeteilt wurden.

Mit dem Beginn der Fünfjahrpläne wurde der Wandel in der Einstellung dem Arbeiter gegenüber noch deutlicher. Man hatte vorher noch immer auf eine weitere Ausdehnung der bolschewistischen Revolution über die Grenzen der Sowjetunion hinaus gehofft und geglaubt, daß man die industrielle Kraft anderer Länder, insbesondere Deutschlands, für die Ziele des Bolschewismus gewinnen könnte. Man hatte daher der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung des eigenen Landes keine entscheidende Bedeutung beigemessen. Nachdem die Verhältnisse in den anderen Ländern sich nach den Erschütterungen der ersten Nachkriegszeit jedoch einigermaßen stabilisiert hatten, mußte man die Hoffnung auf eine baldige Verwirklichung der weltrevolutionären Ideen zunächst aufgeben. Jetzt kam es den bolschewistischen Verschwörern im Kreml darauf an, den industriellen Ausbau und damit auch die militärische Aufrüstung der Sowjetunion möglichst schnell vorwärts zu treiben, um einem befürchteten Angriff der „kapitalistischen Staaten“ gegenüber gewappnet zu sein und um eine geeignete Plattform auszubauen, von der aus im geeigneten Augenblick die Weltrevolution, wenn die systematische Mühsarbeit allein nicht zum Ziele führen sollte, mit den geschaffenen Machtmitteln durchgesetzt werden könnte. Um diese Ziele zu verwirklichen, wurde rücksichtslos über die Interessen des Sowjetarbeiters hinweggegangen.

Bei dem Kampf um die Macht hatten die Bolschewisten den Industriearbeiter als Avantgarde des Bolschewismus gebraucht und hatten ihm, um diesen Teil der Bevölkerung für sich zu gewinnen, einige Rechte eingeräumt, die ihn vor anderen Bevölkerungsschichten privilegierten. Nachdem sie durch ein brutales Terrorssystem ihre Machtstellung als einigermaßen gefestigt ansahen, glaubten sie auf die Interessen der Arbeiterschaft keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Jetzt kam es nur noch auf eine schonungslose Ausbeutung der Arbeitskraft an, um die weitgestreckten Ziele der Fünfjahrpläne zu erreichen. Alle sogenannten revolutionären Errungenschaften in der Arbeitsverfassung wurden bedenkenlos über Bord geworfen.

Während man z. B. früher die Akkordarbeit als eine teuflische Erfindung der Kapitalisten hingestellt hatte, lediglich dazu geschaffen, um den armen Arbeiter auszubeuten („Akkordlohn ist Mordlohn“) ging man jetzt selbst dazu über, das Akkordsystem systematisch auszubauen. Bei den hohen Akkordnormen und den minimalen Lohnsätzen bedeutet dieses System nun auch tatsächlich eine schamlose Ausbeutung der Arbeitskraft. Aber damit begnügt man sich nicht. Man versteht es über die normalen täglichen Arbeitsleistungen hinaus den Arbeiter durch sogenannte „gesellschaftliche Einwirkung“ zu „freiwilligen“ zusätzlichen Arbeitsleistungen zu zwingen.

Planmäßig wird „bolschewistischer Enthusiasmus“ organisiert. In schnell zusammengerufenen Betriebsversammlungen läßt man durch offene Abstimmung die Leistung von Überstunden oder von Sonntagsarbeit beschließen. Jahrelange Erfahrung mit dem bolschewistischen Terrorssystem haben den Arbeiter gelehrt, daß er mit schweren Repressalien zu rechnen hat, wenn er es wagt, bei öffentlichen Abstimmungen dem verkündeten Wunsche der Partei zu opponieren. So ist es für die bolschewistischen Versammlungsleiter leicht, auch für die unmöglichsten Aufgaben einstimmige Beschlüsse der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Um diese zusätzlichen Arbeitsleistungen reizvoller zu gestalten und ihnen eine gewisse sportliche Note zu geben, erfand man den sogenannten „sozialistischen Wettbewerb“. Zwei Betriebe treten miteinander in einen öffentlichen Wettbewerb, und verpflichten sich, bestimmte Leistungskoeffizienten zu erreichen. Über den Fortgang eines solchen Wettbewerbs wird dann regelmäßig in der Presse oder in den Betriebszeitungen berichtet und der als Sieger hervorgegangene Betrieb feierlich mit einem roten Banner ausgezeichnet. Aber auch die Einzelleistungen versucht man durch öffentliches Zurschaustellen anzuspornen. In den Betrieben werden schwarze und rote Tafeln ausgehängt, auf denen die besten und schlechtesten Leistungen einzelner Arbeiter oder Arbeitsgruppen jeweils verzeichnet werden. Wer sich Unpünktlichkeit oder Liederlichkeit zuschulden kommen läßt, muß sich in manchen Betrieben unter dem Gespött der anderen an einer besonderen „schwarzen Kasse“ seinen Lohn abholen, usw.

Mit solchen und ähnlichen Mitteln versuchte man besonders während des ersten Fünfjahrplanes die Arbeitsleistung zu verbessern und die Arbeitsdisziplin zu festigen. Da sich jedoch die Lebensbedingungen in dieser Zeit bedeutend verschlechterten, und der Arbeiter auch durch erhöhte Arbeitsleistungen einen erträglichen Lebensstandard nicht erreichen konnte, so hatten alle diese krampfhaften Bemühungen nur wenig Erfolg.

Das Stachanowssystem

Die Idee des Fünfjahrplanes hatte in der ersten Zeit bei der Sowjetbevölkerung noch eine gewisse propagandistische Wirkung. Man suchte dem Arbeiter begreiflich zu machen, daß die Sowjetunion mit Hilfe des Fünfjahrplanes in kurzer Zeit einen noch nie dagewesenen industriellen Aufschwung nehmen und die „kapitalistischen Länder“ in kurzer Zeit einholen und überflügeln werde. Eine gewisse Benachteiligung der Konsumgüterindustrie und damit einen Verzicht auf manche Güter des täglichen Bedarfs müsse der Arbeiter für dieses große Ziel eben in Kauf nehmen. Unter dem

Einfluß der Sowjetpropaganda entstand bei einem großen Teil der Arbeiter die Vorstellung, daß es nur einer vorübergehenden Kraftanstrengung unter Hintanstellung der persönlichen Wünsche bedürfe, um aus allen Nöten herauszukommen und am Ende der Fünfjahrperiode den Anbruch eines glücklicheren Zeitalters zu erleben. Vor dem Ablauf des ersten Fünfjahrplanes wurde die Arbeiterschaft noch einmal unter der Losung, den Fünfjahrplan in vier Jahren zu erfüllen, zu vermehrten Anstrengungen angepeitscht. Um so größer war daher die Enttäuschung, als dann der Beginn des zweiten Fünfjahrplanes verkündet wurde und sich herausstellte, daß alles beim alten blieb und kein Ende der Not und der Entbehrungen abzusehen war. Es machten sich bei der Arbeiterschaft deutliche Erschöpfungsercheinungen bemerkbar.

Die alten Schlagworte vom Erfüllen und Übertreffen des Fünfjahrplanes, vom Einholen und Überflügeln des Auslandes und vom Aufbau einer „klassenlosen Gesellschaft“ hatten ihre Wirksamkeit verloren. Eine Zeitlang ließ die Intensität der propagandistischen Bearbeitung der Arbeitermassen unverkennbar nach. Als die alten Losungen abgenutzt waren, war man in einiger Verlegenheit, neue Mittel zu finden, um die Arbeiter anzutreiben. Ein solches Mittel glaubte man in dem sogenannten Stachanowssystem gefunden zu haben. Im August 1935 ließ man in einer Kohlengrube des Donezbeckens den bis dahin völlig unbekanntem Hauer Stachanow, der über ungewöhnliche Körperkräfte verfügte, nach vorheriger gründlicher Vorbereitung in die Grube einfahren und in einer sportlichen Anstrengung unter Außerachtlassung aller Nebenarbeiten eine Rekordleistung vollbringen, wie sie bisher noch nicht verzeichnet worden war. Statt einer normalen Durchschnittsleistung von 7 Tonnen Kohle brachte es Stachanow an diesem Rekordtage angeblich zu einer Leistung von 109 Tonnen. Sofort setzte der ganze riesige Propaganda-Apparat der Bolschewisten mit voller Intensität ein, um diese Rekordleistung als ein Ereignis von entscheidender Bedeutung für die Sowjetindustrie hinzustellen. Sehr bald fanden sich noch andere von der Parteizelle ausgesuchte Arbeiter, die „nach Stachanowart“ unwahrscheinliche Rekordleistungen vollbrachten. In der Maschinenbauindustrie war es der Schlosser Bussygin, in der Textilindustrie waren es zwei junge Textilarbeiterinnen, deren Namen von der Propaganda als Symbol für eine angeblich neue Arbeitsmethode populär gemacht wurden. Ja, sogar in der Landwirtschaft, die sich durch ihre Abhängigkeit vom Wetter am wenigsten für die Stachanowschen Rekorde eignet, suchte man durch naive Tricks Stachanowmethoden einzuführen.

Man konnte zuerst nicht verstehen, was das große Geschrei bedeutete, das die Sowjetpropaganda um diese angeblich epochemachende Erfindung des Stachanowsystems machte. Worin bestand eigentlich dieses neue

System? Von Methoden zur Rationalisierung der Arbeit hatte man schon früher gehört. Besonders Amerika ist ja in der Einführung von Fließarbeit und anderer arbeitsparender Methoden sehr weit gegangen. Mit dem Namen des Amerikaners Taylor ist eine Arbeitsmethode bezeichnet worden, bei der durch weitgehende Arbeitsteilung und durch äußerste Rationalisierung der Arbeitskraft der Arbeitseffekt bedeutend gesteigert wird. Die Bolschewisten haben früher dieses System auf das schärfste abgelehnt, weil es nur der Ausbeutung des Arbeiters diene und den Menschen zur Arbeitsmaschine herabwürdige. Jetzt aber versuchen sie mit Hilfe des Stachanowrummels diese amerikanischen Methoden nachzuahmen. Auch bei der Stachanowmethode handelt es sich darum, durch entsprechende Arbeitsteilung den Arbeitsprozeß in verschiedene Arbeitsverrichtungen zu zerlegen, die dann mechanisch von dem Arbeiter unentwegt ausgeführt werden, um auf diese Weise Rekordleistungen zu ermöglichen. Aber in einer Beziehung haben die Sowjets ihre amerikanischen Lehrmeister übertroffen. Während in Amerika die Rationalisierung zu einer Erhöhung des Arbeitsverdienstes geführt hat, sollte in der Sowjetunion das Stachanowssystem dazu dienen, die Arbeitsleistung zu steigern, ohne daß damit der durchschnittlich ausgezahlte Lohn größer wurde. Stalin erklärte kurz nach der Einführung des Stachanowsystems, die Arbeitsleistungen der Stachanowleute hätten klar bewiesen, daß die Arbeitsnormen, die der Berechnung der Akkordlöhne zugrunde gelegt würden, viel zu niedrig seien. Man müsse auf Grund der Stachanowleistungen neue Normen ausarbeiten. Das wurde dann auch mit großem Eifer getan mit dem Erfolg, daß die Bezahlung für normale Leistungen entsprechend den höheren Normen herabgesetzt wurde. Die Arbeiter erkannten bald, daß es sich bei diesen vielgepriesenen Stachanowmethoden um schikanöse Antreibermethoden und um Lohnbetrug großen Stils handelte. Sie nahmen in sehr eindeutiger und radikaler Weise gegen das Stachanowssystem Stellung. Diejenigen Arbeiter, die sich dazu hergaben, nach entsprechender Vorbereitung Stachanowrekorde aufzustellen, die dann dazu dienten, von der gesamten Arbeiterschaft höhere Leistungen zu fordern bzw. bei gleichbleibender Leistung ihren Lohn zu drücken, wurden — nicht mit Unrecht — als Verräter an den Interessen der Arbeiter betrachtet und dementsprechend behandelt. Eine Zeitlang war die Sowjetpresse voll von Meldungen über Ermordungen von Stachanowleuten. Man suchte dazu überzugehen, diese Stachanowleute von der übrigen Arbeiterschaft abzusondern, ihnen besondere Wohnungen außerhalb der Arbeiterwohnblocks zuzuwiesen und sie durch besondere Sicherheitsmaßnahmen zu schützen.

Das Stachanowssystem erwies sich in der Folgezeit als ein absoluter Mißerfolg. Die propagandistische Wirkung der neuen Schlagworte war sehr gering und nach kurzer Zeit vollständig erloschen. Die Sowjetarbeiter

waren durch die vielen Wellen der Sowjetpropaganda, die über sie hinweggegangen sind, ohne daß sich ihr Los gebessert hätte, schon zu sehr enttäuscht und ermüdet, als daß man mit so plumpen Propagandatricks, auch wenn sie noch so laut vorgebracht werden, eine große Arbeitsbegeisterung hätte hervorzaubern können. Die Veränderung aller Arbeitsnormen, die Umgestaltung der Lohnverhältnisse, bei der erstaunliche Spitzenlöhne der Stachanowrekordler den minimalen Löhnen des Durchschnittsarbeiters gegenüberstanden, richteten in den Betrieben eine beträchtliche Verwirrung an. Statt der erhofften Leistungssteigerung blieb in den beiden ersten Jahren der Stachanowarbeit 1936 und 1937 die Industrie weit stärker hinter ihren Planaufgaben zurück als vorher. Verschiedene andere Momente traten hinzu, um aus dem Fehlschlag des Stachanowsystems eine schwere Industriekrise zu entwickeln, die bis heute noch nicht überwunden ist. Da man offensichtlich keine neuen propagandistischen Methoden mehr zu entwickeln weiß, um die Arbeiter zu einem aktiven Einsatz für die Pläne zu gewinnen, so bleibt nur eine Verstärkung des von oben ausgeübten Druckes und Terrors übrig, um aus dem Arbeiter die geforderten Leistungen herausholen zu können.

Die Bindung des Arbeiters an den Betrieb

Das Recht auf Arbeit, der Siebenstundentag, gerechter Lohn, Altersversorgung und Krankenschutz sind nach dem Wortlaut der neuen Verfassung der Sowjetunion als Grundrechte der Sowjetbürger anerkannt worden. So hat man dem Weltproletariat gegenüber das Gesicht gewahrt und den Sowjetarbeiter als freiesten Arbeiter der Welt hingestellt.

In Wirklichkeit aber ist der Werktätige in der UdSSR. zum Staatsklaven geworden, und der Sowjetstaat als alleiniger Arbeitgeber diktiert dem Arbeiter die Arbeitsbedingungen. Das die einflussreichen Stellen der UdSSR. beherrschende Judentum ist der Fronherr der gesamten Sowjetarbeiterschaft geworden, zumal da es gleichzeitig die Gewerkschaften kontrolliert, die als Interessenvertretung der Arbeiter damit zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Die Gewerkschaften stellen nur noch ein Instrument dar, dessen sich die Sowjetregierung bedient, um die Schaffenden unter dem Schein der Freiwilligkeit für ihre ausbeuterischen Ziele einzuspannen. Eine englische Arbeiterabordnung, die an Ort und Stelle die Tätigkeit der Sowjetgewerkschaften eingehend geprüft hatte, kam in ihrem Bericht zu folgendem Ergebnis:

„Die Mitglieder der Gewerkschaften werden in der infamsten Weise durch die Gewerkschaftsführer ihrer elementarsten Rechte beraubt.“



„Die heilige Unschuld“

(„Drowda“ vom 18. 10. 1935)

„Wir wissen von nichts“, lautet die Antwort auf alle Bitten und Beschwerden der notleidenden Arbeiterschaft

Schutzlos ist der Arbeiter in der Sowjetunion jeglicher Ausbeutung ausgeliefert, obwohl alle privaten Arbeitgeber von den Sowjets „liquidiert“ worden sind, denn an ihre Stelle ist die staatskapitalistische Ausbeutung durch die Sowjetbürokratie getreten.

Der Sowjetbürger kann zu jeder Arbeit gezwungen werden, und darf ohne die Genehmigung zahlreicher Sekretäre, Direktoren und Bürokraten seinen Arbeitsplatz nicht aufgeben. Nach einer Verordnung vom 15. Dezember 1930 muß jeder an der ihm zugewiesenen Stelle zu den festgesetzten Bedingungen arbeiten. Trotzdem ist es den Sowjets noch nicht gelungen, die Arbeiter, die immer wieder ihre Arbeitsstelle verlassen, zur Selbsttätigkeit zu bewegen. Die ungeordneten Arbeits- und Lohnverhältnisse, der Hunger und die Hoffnung, daß die Not an anderen Orten nicht so groß sein könnte, erzeugen einen starken Wanderdrang der Sowjetarbeiter. Einem Bericht der Sowjetzeitung „Sa Industrialisaziju“ zufolge, kann ein Werktätiger „mit Gewalt zu seiner Arbeitsstätte zurück-

gebracht werden, falls er diese ohne Genehmigung verläßt. Dieses passierte den Arbeitern vom Magnitogorskwerk, die wegen unmöglicher Arbeitsbedingungen die Fabrik verlassen hatten.“

Der Sowjetarbeiter hat keinen Persönlichkeitswert, er hat nur das Recht zu schweigen und zu gehorchen, er ist nur ein Rad in der Maschine. Der Franzose Laurat schildert die Lage der Arbeiter in der UdSSR. folgendermaßen:

„Ebenso wie der Staat selbstherrlich über die Arbeitsmittel des Produktionsprozesses verfügt, so verfügt er diktatorisch über die Arbeiterschaft. Die Arbeiter haben nicht mehr die Freiheit, ihre Arbeitskraft dorthin zu verkaufen, wohin sie wollen oder möchten. Sie haben nicht das Recht der Freizügigkeit, nicht einmal innerhalb der Sowjetunion (Inlandspässe). Das Streikrecht wird unterdrückt und jeder Versuch des Widerstandes gegenüber dem Stachanowantreibersystem setzt sie den schwersten Verfolgungen aus.“ (Zitiert bei Gide „Retouches à mon Retour de l'URSS.“)

Die Arbeitszeit

Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von acht auf sieben Stunden wird in der Sowjetunion als eine besondere Errungenschaft gefeiert. Tatsächlich aber wird diese Arbeitszeit, besonders auf dem Lande, wo die Landbevölkerung vom frühen Morgen bis in die Dunkelheit hinein arbeiten muß, nicht eingehalten. Schon die Verordnung über den Siebenstundentag, die der Arbeiterschaft anlässlich des zehnjährigen Bestehens der bolschewistischen Herrschaft im Jahre 1927 als Geschenk verkündet wurde, enthält eine eigenartige Einschränkung:

„Der Siebenstundentag soll nur dann eingeführt werden, wenn die Leistung der Arbeiter während dieser Zeit der Leistung von acht Stunden entspricht.“

Tatsächlich steht heute noch der Siebenstundentag in der Sowjetunion nur auf dem Papier. Die hohen Anforderungen, die die Aufrüstung an die Industrie stellt, die Erfüllung des Fünfjahrplanes und der sozialistische Wettbewerb, der überall die Akkorde heraufgesetzt und die Verdienstmöglichkeiten vermindert hat, ferner die zahlreichen Gratisüberstunden, Feiertagsarbeit, sogenannte „Subbotniki“, ferner die zahlreichen Gratisüberstunden zugunsten Sowjetspaniens, für die Sowjetflotte, für die Rote Luftwaffe, aus „Dank für Stalin“, für irgendwelche Sowjet„giganten!“ — dies alles macht den Siebenstundentag illusorisch. Arbeits-

zeiten von zehn, ja sogar zwölf und vierzehn Stunden sind keine Seltenheit. Der französische Marxist Gide sagt in seinem obenerwähnten Buch:

„Die Löhne sind so niedrig, daß der Arbeiter fortwährend eineinhalb oder zwei Schichten statt einer arbeitet, das bedeutet zwölf bis sechzehn Stunden täglich in zwei verschiedenen Betrieben.“

Auf die körperliche Leistungsfähigkeit des Arbeiters wird im Sowjetstaat keinerlei Rücksicht genommen. Trotz der dauernden Überbeanspruchung durch das rasende Akkordtempo wird bereits das einmalige Zuspätkommen zur Arbeitsstelle mit schweren Strafen bedroht. Die Sowjetzeitung „Wetschernjaja Moskwa“ berichtet, daß ein Arbeiter, der auch nur einen Tag ohne anerkannten Grund gefehlt hat, fristlos entlassen wird und damit seinen Anspruch auf Lebensmittel und Wohnung verliert. „Arbeiter, die auf solche Weise entlassen sind, fallen unter das Gesetz über die Desorganisation der Produktion und können vor Ablauf von sechs Monaten keine andere Arbeit bekommen.“

Das entsprechende Sowjetdekret lautet:

„Im Falle auch nur eines ohne entschuldbaren Grund versäumten Arbeitstages ist der Arbeiter aus der Fabrik oder der Verwaltung zu entlassen, unter Entzug seiner Rechte auf Nahrungsmittel- und Warenkarten, die ihm als Arbeiter der betreffenden Fabrik oder Verwaltung zugeteilt waren, wie auch unter Entzug der Wohnung, die ihm in den Häusern der betreffenden Fabrik oder Verwaltung zugeteilt ist.“

Moskau, den 15. November 1932.

Der Präsident des Rates der Volkskommissare:

W. Molotow (Stkjabin).

Als Ergänzung zu diesem Dekret wurde am 29. Dezember 1933 das Gesetz über die Ordnung der Arbeitsdisziplin und ferner am 1. Januar 1939 die Verordnung über eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen veröffentlicht. Das neue Gesetz kündigt allen „Nichtstuern“, „Saulenzern“, „Vagabunden“ und „Klassenfeinden“ unerbittlichsten Kampf an. Die Fabrikleitungen sind verpflichtet worden, allen „schlechten“ und „unzuverlässigen“ Arbeitskräften sofortige Kündigungen auszusprechen oder sie mit schweren Strafen zu belegen.

Auf Grund dieser neuen Bestimmungen wurden allein in Moskau im Laufe von drei Tagen 2000 Arbeitern nebst ihren Familien, ungeachtet der strengen winterlichen Kälte, aus ihren Wohnungen gewiesen.

Entsprechend der Verordnung vom 1. Januar 1939 übt die Staatsanwaltschaft in den Industrieunternehmungen strengste Kontrolle über die Arbeiter aus. Auf diese Weise soll jeder Versuch der Arbeiterschaft, für die aufgehobenen Sozialschutzgesetze einzutreten, im Keime erstickt werden. Als weitere Sicherheitsmaßnahme hat der Chef der GPU. verstärkten Schutz der Industrieunternehmungen und Fabriken angeordnet und besondere Wachen der GPU.-Truppen in den Arbeitervierteln der Industriezentren eingesetzt.

Arbeitschutz

Der überstürzte Industriebau in der Sowjetunion hat es mit sich gebracht, daß es nur wenige Sacharbeiter in den Betrieben gibt, so daß meist völlig ungeschulte Kräfte, Männer und Frauen an komplizierte und gefährliche Maschinen gestellt werden. Von ihnen werden Arbeiten verlangt, denen sie keineswegs gewachsen sind.

Unter derartigen Umständen wäre ein besonders sorgfältiger Arbeiterschutz zu erwarten. Aber in dem Rekordtempo der Fünfjahrpläne hat man keine Zeit, für das Wohl der Arbeiter zu sorgen. Von irgendeinem Arbeiterschutz in der Sowjetunion kann keine Rede sein. Selbst die Zeitung „Trud“, das Blatt der Sowjetgewerkschaften, beklagt sich darüber, daß „der Arbeiterschutz im sozialistischen Aufbau leider an letzter Stelle steht“.

Die Folge mangelnder Sorge um das Wohl der Arbeiterschaft ist das ungeheure Ansteigen der Betriebsunfälle in der Sowjetunion. Die erschreckende Zunahme der Betriebsunfälle in der UdSSR. beweisen folgende Sowjetangaben: auf je 1000 Arbeiter entfielen 1926 — 69 Unfälle, 1927 — 175 Unfälle, 1928 — 221 Unfälle, dabei im Hüttenwesen 324 und im Kohlenbergbau sogar 369.

Seit dem Beginn der Fünfjahrpläne sind die Statistiken über die Betriebsunfälle ausgeblieben; die Stachanow„bewegung“ mit ihrem Arbeitstempo trug jedoch dazu bei, die Zahl der Betriebsunfälle noch weiter zu erhöhen, so daß die Sowjets es heute überhaupt nicht mehr wagen, die Zahl der Arbeitsopfer zu veröffentlichen.

Wenn man sich vor Augen führt, daß völlig ungeschulte Kräfte im Akkordtempo — in der Sowjetunion gibt es nur Akkordarbeit! — ohne jegliche Schutzvorrichtungen, und meist noch dazu ohne das erforderliche Werkzeug an gefährlichen Maschinen arbeiten müssen, daß sie der Hunger zwingt, die vorgeschriebenen Normen zu erfüllen, dann erhält

man erst ein annähernd richtiges Bild, wie der Arbeiter in der Sowjetunion ausgenutzt wird.

Hören wir einige jener unglücklichen Opfer des Sowjetsystems, die der amerikanische Arbeiter Andrew Smith in seinem Buch „Ich war ein Sowjetarbeiter“ zu uns sprechen läßt:

„Ich habe nicht die Zeit, meine Maschine zu überwachen, antwortete einer von ihnen. Er zeigte mir eine Nadel zur Herstellung von Kupferstichen, die er gerade in Bearbeitung hatte. Man gibt mir 30 Kopeken für das Stück. Da ich außerdem nicht das notwendige Werkzeug besitze, wird mir meine Arbeit noch erschwert. Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Ich muß arbeiten, ohne die Augen zu heben, um einige Rubel zu verdienen. So fleißig ich auch schaffe, ich kann nicht mehr als dreiundeinhalb Rubel täglich verdienen.

An anderer Stelle im selben Betrieb sah ich einen Arbeiter an einer Bohrmaschine deutscher Herkunft hantieren. Sein Kopf und seine linke Hand trugen einen schmutzigen Verband. Er bohrte ein Loch von 15 mm Durchmesser in ein Stück Stahl, was eine besonders vorsichtige Arbeitsweise angesichts der erforderlichen Anstrengungen erfordert. Dieser Arbeiter aber ließ die Maschine mit voller Geschwindigkeit laufen. Der Bohrer und die Maschine rauchten beträchtlich. Außerdem stellte ich verwundert fest, daß er den Bohrer bediente, ohne das Werkstück auf der Unterlage zu befestigen.

Ich rief ihm bestürzt zu:

Was machst Du da? Willst Du Dich umbringen? Warum befestigst Du nicht den Stahl?

Ich kann es nicht, antwortete der Arbeiter, ich habe nicht die Zeit, dies zu tun. Ich wurde vor einigen Tagen durch einen Stahlsplitter verletzt, sieh Dir meinen Kopf und meine Hand an, aber ich muß so weiterarbeiten, sonst kann ich meine Arbeitsnormen nicht erfüllen.

Warum gehst Du dann nicht zum Arzt, fragte ich ihn, und läßt Dich nicht arbeitsunfähig schreiben?

Ich bin schon beim Arzt gewesen, antwortete er, aber er hat mich nicht krank schreiben wollen, weil ich kein Sieber hätte.

Ich hatte schon eine beträchtliche Anzahl Arbeiter mit Wundverbänden in allen Werkstätten gesehen. Jeder Dritte trug das Zeichen eines Betriebsunfalls. Jetzt wußte ich auch warum.“ —

Die Zustände in den Bergwerken sind noch weit schlimmer. Keinerlei Sicherheitsmaßnahmen schützen die Arbeiter bei ihrer schweren Arbeit unter Tage. Infolge der Mißachtung der primitivsten Arbeitsschutz-

Maßnahmen erleidet jährlich die Hälfte aller Bergarbeiter Betriebsunfälle.

Der französische Bergarbeiter Kléber Legay schildert in seinem Buch „Ein französischer Kumpel bei den Russen“ die Verhältnisse in den Bergwerken der UdSSR. folgendermaßen:

„Bei unserem Besuch, gestehen wir es offen, haben wir Angst bekommen. Die Decken der Stollen sind durchlässig, brüchig, das Holzwerk äußerst schlecht. Unserer Meinung nach waren die Gefahren so groß, daß wir es nicht gewagt haben, bis zur Abbruchstelle zu gehen. Ich versichere, daß in Frankreich kein einziger Bergarbeiter unter solchen Bedingungen arbeiten würde.“

Selbst Frauen werden in die Bergwerke geschickt. Die Sowjetunion ist das einzige Land, wo Frauen unter Tage arbeiten müssen. Hierüber berichtet Legay:

„Auf unserem Rundgang durch das Bergwerk begegneten wir Frauen, die mit allen Arbeiten, außer dem Abhauen, beschäftigt waren. Von 45 Personen, denen wir begegneten, waren 22 Frauen. Man hatte uns gesagt, sie würden nur zu leichten Arbeiten herangezogen. Welche Lüge! Wir haben sie an den Abbruchstellen gesehen, unter folgenden Umständen: Drei Frauen lagen in halb aufrechter Stellung an einer Abbruchstelle. Zwei von ihnen mußten 20 bis 25 Tonnen Kohle von der Haustelle in die Loren einladen. Eine andere war damit beschäftigt, einem Hauer beizustehen. Diese Arbeit besteht darin, täglich 18 bis 20 Tonnen Kohle mehrere Meter rückwärts zu werfen für einen Monatslohn von 180 Rubel.“

Entsetzt über diesen Mißbrauch von Frauenarbeit stellte Legay fest:

„Ich weiß nicht, wie die russischen Machthaber dies rechtfertigen, aber nach meiner Ansicht kann man Frauen nur auf zweierlei Art zu solcher Arbeit zwingen, die nicht für sie geschaffen ist.

Erstens: die Arbeit durch brutale Gewalt aufzwingen.

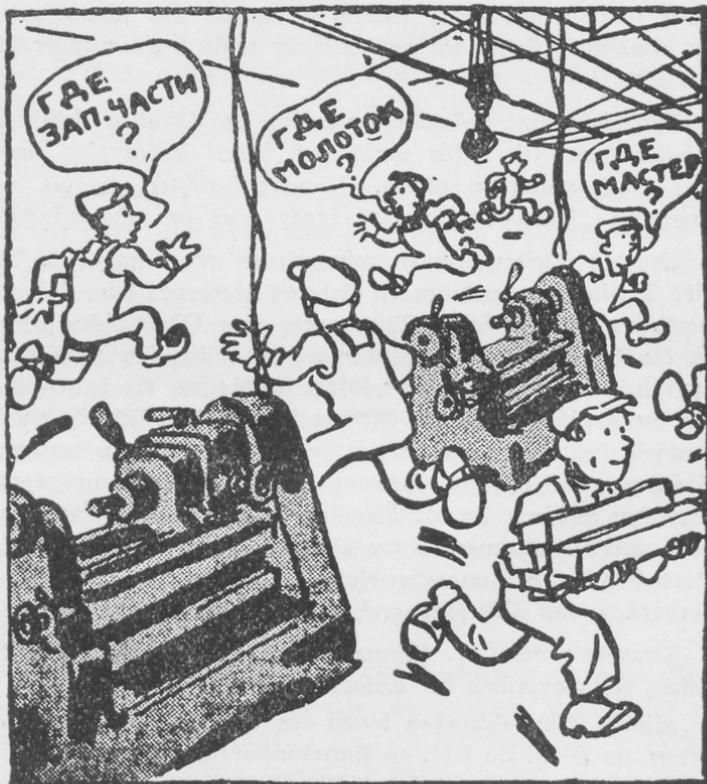
Zweitens dadurch, daß man dem Mann den notwendigen Lohn für die Lebenshaltung versagt.“

In dieser Weise müssen die Sowjetarbeiter bis ins Greisenalter hinein schuften. Wohl gibt es auch in der Sowjetunion eine Altersversorgung, die aber nach den Angaben des französischen Marxisten Gide nur etwa 25 bis 30 Rubel monatlich beträgt. Gide erwähnt ein Beispiel, wonach ein 65jähriger Arbeiter eine monatliche Rente von 37 Rubeln erhält; dafür könnte er sich lediglich täglich 1 kg Schwarzbrot kaufen, womit soll

er dann Miete und Kleidung bezahlen? Durch diese niedrigen Renten zwingt man die Greise zur Arbeitsstätte. Die bolschewistische Ausbeutung der Werktätigen hört selbst im Greisenalter nicht auf!

Die Zustände in den Betrieben

Das harte Los der Schaffenden wird durch die Zustände in den Betrieben keineswegs erleichtert. Der französische Bergarbeiter Legay gibt auch seiner Verwunderung Ausdruck, daß sämtliche Betriebe von bewaffneten Rotarmisten bewacht werden und daß jeder Arbeiter vor Verlassen des Betriebes sich bei diesen Posten abmelden muß. Wird schon keinerlei Mühe für die Betriebsicherheit aufgewandt, so ist man erst recht



Betriebschaos (Aus „Sa Industrialisaziju“)
„Wo sind die Ersatzteile? Wo ist der Hammer? Wo ist der Meister?“

nicht darum besorgt, dem Arbeiter eine würdige Arbeitsstätte zu schaffen. Die sanitären Einrichtungen sind meistens in einem verschmutzten, menschenunwürdigen Zustand. Den Anforderungen, die man an sie stellen muß, entsprechen sie nur in den Musterbetrieben, die man den ausländischen Besuchern zeigt. Selten gelingt es Ausländern, die wahren Zustände kennenzulernen. Ein Beispiel: Der Franzose Legay erkundigte sich nach den Arbeiterwaschräumen eines Bergwerks.

„Unsere Überraschung war groß, als wir folgendes feststellen mußten: Zunächst war das, was man „Waschraum“ nannte, nichts anderes als ein finsternes Loch. . . .

Was hätte man hören müssen, wenn man unseren französischen Bergarbeitern einen derartigen Raum angeboten hätte? Beim Eintreten sehen wir Gruppen von völlig nackten Arbeitern, mitten unter ihnen stehen nackte Frauen, die gerade ihre schmutzigen Kleider erhielten. Für Frauen und Männer existiert ein einziger Waschraum.“

Die Werkstätten sind unsauber, da infolge des schnellen Arbeitstempos der Arbeiter keine Zeit dafür übrig hat, seinen Arbeitsplatz und seine Maschine in Ordnung zu halten. Hierüber berichtet uns die amtliche Sowjetzeitung „Prawda“ Nr. 288 (1937) aus den Ochotsky-Werken:

„In den Kleiderschränken wimmelt es von Ungeziefer. Aber es gibt Abteilungen, in denen die Arbeiter überhaupt keine Räume zum Umkleiden haben. Lange Zeit wurde eine Waschküche gebaut, in der die Arbeitskleidung gewaschen werden sollte. Am Tage nach ihrer Fertigstellung wurde sie aber sofort geschlossen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß die Arbeiter keine Arbeitskleidung zum Auswechseln besitzen und so müssen sie nach wie vor in verschmutzten Kleidern arbeiten. Der Schmutz kann auch den anspruchslosesten Menschen empören. In der Abteilung, die Gebrauchsgegenstände herstellt, arbeiten allein etwa 800 Personen, zum größten Teil Frauen. Dort herrscht ein unbeschreiblicher Schmutz. Toiletten sind nicht vorhanden, eine Waschgelegenheit gibt es auch nicht.“

Die „Prawda“ vom 27. Februar 1937 veröffentlicht einen Bericht aus Kasan, der Hauptstadt der Tatarenrepublik:

„Einige kleine Häuschen bieten den verschiedenen Kanzleien alles andere als Platz. Es fehlt an Unterkunftsräumen. Die meisten Angestellten schlafen nachts auf denselben Tischen, an denen sie tagsüber arbeiten. Kaum sind die Bürostunden vorbei, so beginnt in den Kanzleien ein ganz anderes Leben. Die Angestellten machen Feuer

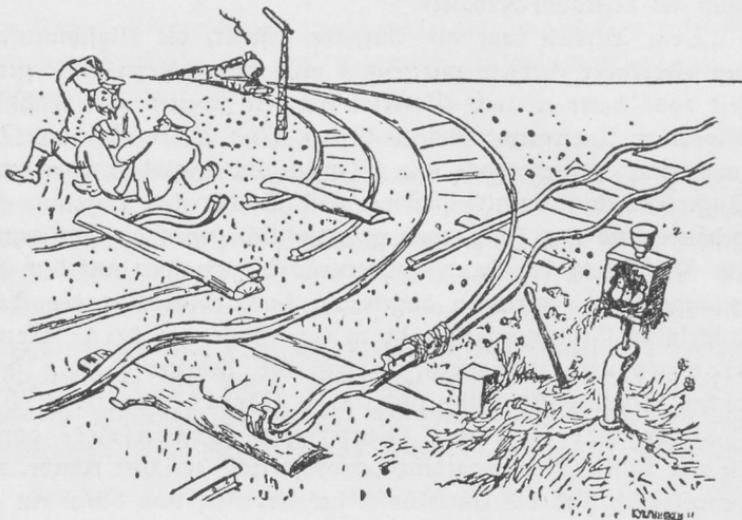
an, bereiten ihr Mittagessen und schalten wie zu Hause. Der Kanzleischreiber ersetzt alles: Haus, Esszimmer und Bett. Der Bevollmächtigte für die industrielle Produktion dieses Bezirks schlief monatelang in einer Hängematte, die er sich in seiner Kanzlei aufgehängt hatte. Es gibt wohl einen Saal, aber dieser ist einzig in seiner Art. In ihm tagen das Volksgericht, die Partei, er dient als Kino- und Leseraum, es werden Tanzveranstaltungen darin veranstaltet und er muß auch als Leseraum herhalten.“

„Dem Betrieb war als Aufgabe gestellt, die Maschinenfabriken des Moskauer Gebiets mit Stahl und Eisenguß zu versorgen, und seit 1936 hatte er auch Material für den zweiten Bauabschnitt der Moskauer Untergrundbahn zu liefern. Nun haften aber dem Betrieb nach fünf Jahren noch alle Mängel und Halbheiten an wie im Augenblick der Inbetriebnahme. Die Dächer der einzelnen Fabrikgebäude sind aus Holz, was grundsätzlich gegen die Bestimmungen zur Verhütung der Feuergefahr verstößt, zumal da auf dem Fabrikgelände keine Hydranten angebracht sind. Ungeachtet des staubentwikelnden Arbeitsprozesses ist in den Gießereien keine Ventilationsanlage vorhanden, so daß die Arbeiter ständig in einer dicken Staubwolke tätig sind. Die Werkkantine steht als Holzbaracke in einer sumpfigen Bodensenke dort, wo sie vor fünf Jahren angeblich „provisorisch“ errichtet wurde. Ebenso provisorisch sind die Unterkünfte der Arbeiter, von denen ein großer Teil auf dem Fabrikgelände in jenen Baracken 1929 „zeitweilig“ untergebracht wurde, die beim Bau der Fabrik den Bauarbeitern als vorübergehende Behausung zur Verfügung gestellt wurden. Alle diese Wohnbaracken sind im Laufe der sieben Jahre halb angefault, die Dächer lassen den Regen durch. Fürchterlich ist die Enge in diesen „Wohn“baracken, in einem Raum von 18 qm drängen sich sechs Familien zusammen. In der Werkleitung haben inzwischen nicht weniger als 10 Direktoren und 18 Hauptingenieure gewechselt. Im März 1936 hatte Volkskommissar Ordshonikidse für den Bau menschenwürdiger Arbeiterwohnungen 2 000 000 Rubel zur Verfügung gestellt. Bis jetzt ist jedoch dank der großen Bürokratie noch kein Spatenstich getan worden.“

Die Werkkantinensysteme werden sogar in Sowjetblättern als „Saugställe“ bezeichnet. Charakteristisch für die dort herrschenden Zustände ist ein Bericht des Organs der Schwerindustrie „Sa Industrialisaziju“ vom 2. Dezember 1937, wo es unter anderem heißt:

„Die Kantinebetriebe im Dongebiet auf Grube „Moroschilow“ sind grauenerregend. Überall ein fast unmöglich zu durchwatender

Schmutz. Keine Kleiderhaken, keine Waschvorrichtungen. Wenn nach dreiviertelstündigem Warten endlich das Essen gereicht wird, muß man feststellen, daß die Speisen unter aller Kritik sind. Selbst „Fremdkörper“ muß man aus den Speisen herausfischen. In den Jahren 1935/37 sind allein in den Konsumgenossenschaften des Dongebietes für 8 000 000 Rubel Waren veruntreut worden.“



Spottbild der „Pravda“ vom 6. 10. 1935

Kartenspielende Bahnwärter, verwahrloster Oberbau, Stilleben in der Weiche

Die Moskauer „Pravda“ sah sich zu folgendem Eingeständnis gezwungen:

„In der Speiseanstalt Nr. 2 am Bahnhof Alexandrowsk, wo etwa 600 Menschen ihr Essen erhalten, gab es vor einem Monat nur 64 Löffel. Bei unserem Besuch waren sogar nur 16 Stück vorhanden. So muß man nach diesen wertvollen Geräten lange stehen. Aber wie diese erst gereinigt werden! Sie sind mit dicken Fettkrusten und Speiseresten überzogen. Auch an den Tellern haftet ein abscheulich säuerlicher Geruch, weil sie nur oberflächlich abgespült werden. Wie kann man überhaupt eine Suppe essen, die weithin einen durchdringenden sauren Gestank verbreitet? Und die Fliegen! In riesigen Schwärmen fliegen sie herum, im Luftraum, in der Ausgabestelle und in der Küche selbst. Im Keller ist das Fleisch ebenfalls dicht mit Fliegen bevölkert.“

In den Bergwerken der Sowjetunion fehlt es fast überall an Trinkwasser. Sogar Stachanow hat diesen Mangel in mehreren Reden beanstandet. Trotzdem scheint keine Besserung eingetreten zu sein, denn „Sa Industrialisaziju“ vom 17. August 1937 befaßt sich erneut mit diesem Zustand:

„Eine einigermaßen normale Versorgung der Arbeiter mit Trinkwasser fehlt in sämtlichen Bergwerken des Donezbeckens. Das Wasser wird in kleinen Fässern nach unten befördert, wobei es schmutzig und warm wird. Die Arbeiter stillen ihren Durst aus Quellen, die dazu völlig ungeeignet sind. Hierdurch treten zahlreiche Magenerkrankungen auf, die Leistungsfähigkeit wird geschmälert, und die Unzufriedenheit nimmt zu. In vielen Bergwerken ist sogar die Versorgung der Arbeiter mit Wasserflaschen eingestellt worden. Die Wasserkessel sind außer Betrieb. Dieser ungewöhnliche Zustand ist nur dadurch zu erklären, daß die Bergwerksverwaltungen diesem wichtigsten Bedürfnis des Arbeiters in den Bergwerken keine Aufmerksamkeit widmen.“

Dies sind die Arbeitsverhältnisse, die nach 20 Jahren bolschewistischer Diktatur in der Sowjetunion herrschen. Eine Ausnahme hiervon bilden natürlich eine Reihe von Bluffbetrieben, die ausländischen Delegationen und Persönlichkeiten gezeigt werden und einzig und allein dem Zwecke dienen, die Ausländer über die wirklichen Arbeitsverhältnisse im „Sowjetparadies“ hinwegzutäuschen.

Zwangsarbeit

Ein furchtbares Los erwartet die Arbeiter, die auch nur ein Wort gegen diese unglaublichen Arbeits- und Lebensverhältnisse zu äußern wagen. Sie werden durch das raffinierte Spitzelsystem der GPU. sofort als „Schädlinge“ und „Saboteure“ entlarvt und als „Klassenfeinde“ in die Verbannung geschickt. Massendeportationen unschuldiger Bauern und Arbeiter haben den Bestand der Zwangsarbeitslager nach übereinstimmenden Statistiken auf sechs bis acht Millionen gebracht.

Diese Zwangsarbeitslager der GPU. liegen über die ganze Sowjetunion verstreut. Sie befinden sich stets an besonders unwirtlichen Orten, so im hohen Norden, am Eismeer und in Sibirien. Hier werden die Verbannten durch grausame Methoden zu den härtesten Arbeiten gezwungen. Bei 54 Grad Kälte, im eisigen Wasser stehend, arbeiteten Männer und Frauen am Bau des Weißmeerkanals. „Achtzehn Stunden dauerte die Arbeit. Bis zum Bauch im Wasser stehend, schleppten die Menschen Steine . . . Nachts sind wir zur Arbeit im kalten Wasser gegangen. In

der starken Strömung konnte man kaum stehen (S. 179). — Sie wühlen im Boden 48 Stunden ohne Pause und ohne Schlaf. Schlaftrunken gehen sie in die Baracken. Es brummt in ihren Köpfen. Sie haben das Gefühl, als ob sie die Handkarrengriffe noch in ihren Händen halten.“ Das muß selbst das sowjetamtliche Buch „Der Stalin-Weißmeer-Kanal“ zugeben, das in Moskau erschienen ist. Die Lebensverhältnisse dieser unglücklichen Verbannten sind nicht besser. Sie wohnen in Baracken, die sie nicht einmal vor der bittersten Kälte schützen. Im Bericht heißt es weiter:

„Um den Ofen liegen auf Brettern, die man auf Kisten gelegt hat, Menschen in Mänteln und Joppen. Die Risse zwischen den Balken sind mit Zeitungen zugestopft. Manchmal herrscht ein solcher Frost, daß die Wandbretter mit lautem Knall zerspringen“ (S. 132).

Berüchtigt ist das Zwangsarbeitslager BAM. im Fernen Osten. Der ukrainische Bauer M. W. Sacharjin, dem die Flucht aus diesem Lager gelungen ist, berichtet in der russischen Emigrantenzzeitung „Nasch Putj“:

„Die übliche Tagesaufgabe eines Lagerinsassen besteht darin, daß er 5 cm Erde ausgraben und wegschaffen muß. Wer diese Aufgabe nicht erfüllt, bekommt kein Mittagessen. Kranken und Entkräfteten wird ihre Aufgabe zwar verkürzt, aber immer noch so berechnet, daß sie körperlich nicht in der Lage sind, diese zu erfüllen und in Massen elend zugrunde gehen. Die Nahrung besteht aus Brot und Suppe, in der nur ganz selten ein Stückchen Fisch herumschwimmt. Die Ernährung ist dermaßen kärglich, daß die Lagerinsassen vor Hunger in den Müllgruben nach Speiseresten von den Tischen der Lagerverwaltung suchen.“

Die Zahl der bisher in den Zwangsarbeitslagern ums Leben gekommenen Menschen beträgt Hunderttausende. Die Lücken der Umgekommenen werden immer wieder durch neue Opfer geschlossen. In der Sowjetunion werden zu diesem Zweck von der GPU. regelrechte Menschenjagden veranstaltet, die immer neue Unschuldige in die Verbannung schießt. Der Weg dieser bedauernswerten Opfer führt über das GPU.-Gefängnis zur „rechtmäßigen“ Verurteilung zur Zwangsarbeit. Die sowjetamtliche Zeitung „Iswestija“ gibt ein Bild von einer solchen Jagd auf Menschen:

„Eines Nachts im Juli stürmen in das Zimmer der Arbeiterin Maria Chlistunowa einige Milizsoldaten, die der Chef der Milizabteilung persönlich anführte. Ein Säugling schreit. Es beginnt die Hausfuchung, wonach der Frau mitgeteilt wird, daß sie verhaftet ist und verbannt werden soll. Die Ursache der Verhaftung soll ihr in der Milizabteilung mitgeteilt werden. Die Mutter wird zusam-

men mit dem Säugling zur Miliz geschleppt und hier eingesperrt. Am nächsten Tage wird ihr bestätigt, daß sie verhaftet sei und als ‚sozialgefährliches Element‘ verbannt werden soll. Der Grund hierfür war, daß der Mann der Chlistunowa, der sie übrigens vor einigen Monaten verlassen hatte, einmal nicht zur Arbeit in die Fabrik kam, worauf man ihn entlassen und ihm seinen Paß abgenommen hat.“

Mit Hilfe dieser Zwangsarbeiter errichten die Sowjets ihre „gigantischen“ Kanäle, Kraftwerke, Bahnstrecken und andere Bauvorhaben. Ohne Rücksicht auf die Menschenleben werden diese Projekte fertiggestellt, denn die GPU. besorgt hierfür die billigsten Arbeitskräfte der Welt.

Dieser ungeheure Apparat der Zwangsarbeitslager ist das Werk der Juden Herschel Jagoda und Moses Berman. Die entscheidenden Posten in den einzelnen Lagern sind zumeist von Juden besetzt.

So hat der jüdisch-bolschewistische Sowjetstaat durch Staatsgesetze und Staatsorgane ein Menschengrausensystem organisiert, das die Sklaverei aller Jahrhunderte weit in den Schatten stellt. Dieses Ausbeutungssystem dient einzig und allein dem Ausbau der Machtpositionen der jüdischen Sowjetmacht und der Vorbereitung der jüdisch-moskowitzischen Weltrevolution.

Der Arbeitslohn

Die Lohnsätze werden in der Sowjetunion ganz willkürlich festgesetzt. Einsprüche der Arbeiter sind ausgeschlossen, sie gelten als „Konterrevolution“, „Diversantentum“, „Trotzkismus“ usw. und werden dementsprechend geahndet. Die Sowjetstatistik beziffert den Durchschnittslohn eines gelernten Arbeiters für Anfang 1937 mit 207 Rubel* im Monat.

In seinem Buche „I was a Sowjet worker“ gibt der frühere amerikanische Kommunist Andrew Smith einige Beispiele für die Löhne der Sowjetindustriearbeiter an.

Ein Amerikaner im „Elektrozawod“, der als Ausländer mehr verdiente als die einheimischen Arbeiter, erhielt im Monat 120 Rubel. Er hatte als Ausländer ferner das Vorrecht, im Fabrikgebäude zu wohnen, während die Sowjetarbeiter in Baracken haufen und eine höhere Miete bezahlen mußten.

* Amtlich ist der Rubel neuerdings etwa eine halbe deutsche Reichsmark wert. Seine Kaufkraft macht indes nur einen Bruchteil dieses Betrages aus!

Sein Nettoverdienst errechnete sich wie folgt:

	Bruttolohn	120 Rubel
Davon gingen folgende Abzüge ab:		
Miete	25 Rubel	
Staatsanleihe, Einkommensteuer	15 „	
Kultursteuer	3 „	
Gewerkschaftsbeitrag	2 „	
Arbeiterklub	4 „	
Elektrizität	5 „	
Gas	6 „	60 Rubel
		<hr/>
		netto 60 Rubel,

die ihm für Nahrung und Bekleidung verblieben.

Eine Arbeiterin verdiente 75 Rubel und war damit noch wesentlich höher bezahlt als im Durchschnitt die Textilarbeiterinnen. Ihre Monatsentlohnung sah folgendermaßen aus:

	Bruttolohn	75 Rubel
Davon gingen folgende Abzüge ab:		
Miete	10,— Rubel	
Staatsanleihe	7,— „	
Gewerkschaftsbeitrag	1,50 „	
Kultursteuer	2,50 „	
Essen in der Schule für 2 Kinder pro Monat	20,— „	41 Rubel
		<hr/>
		netto 34 Rubel.

Der Lebensstandard eines Krukulis ist heute höher als der eines sowjetischen Arbeiters bzw. eines Hafenarbeiters oder Seemannes. Ein Hafenarbeiter hat in der Sowjetunion einen monatlichen Bruttoverdienst von 120—240 Rubel, also durchschnittlich etwa 180 Rubel. Das sind nach der gegenwärtigen Kaufkraft etwa 24,— RM. oder rund 40 Schilling bzw. 2 Pfund. Die auf einem Afrikadampfer in Freetown oder Monrovia an Bord kommende Arumanschaft bekommt pro Tag 2,— Schilling. Das entspricht einem Monatsverdienst von 60,— Schilling oder 3,— Pfund. Vor dem Kriege verdiente ein Schmied in Rußland 30 Goldrubel, das heißt etwa 63 RM., ein Metallarbeiter, Schlosser usw. entsprechend mehr. Wir kommen also auf diese Weise zu dem Ergebnis, daß der Sowjetarbeiter im Durchschnitt etwa ein Drittel von dem verdient, was er vor dem Kriege für dieselbe Arbeit an Lohn erhielt.

Die Ersparnisse der Bevölkerung sind demzufolge auch sehr gering. Am 1. Januar 1938 wurden die Spareinlagen der Sowjetparkassen mit 4516 Millionen Rubel angegeben. Verteilt man diese auf die 170 Millionen Bewohner der Sowjetunion, so entfallen auf den Kopf der Bevölkerung etwa 30 Rubel, das sind nach dem Zwangskurs 15 deutsche Reichsmark oder dem effektiven Wert entsprechend etwa 4 RM.

Während der Arbeiter nicht in den Genuß von Prämien kommt, ist das Gehalt eines „Kalkulators“ um so höher, je „tüchtiger“ er ist, das heißt, je mehr er die Arbeitsnormen hinaufsetzt. Die leitenden Angestellten beziehen infolge des Prämienystems Gehälter, die weit entfernt sind von kommunistischer Gleichmacherei. In den Kirower Werken verdient der Chefkonstrukteur 1800 Rubel, die Arbeiter dagegen 120—180 Rubel im Monat, der Leiter eines Aluminiumkombinates bezieht 2000 Rubel, der technische Direktor der größten Schuhfabrik 1300 Rubel zuzüglich Bonus und Prämien, der kaufmännische Leiter 1900 Rubel mit Zulagen, ein Abteilungsleiter in den früheren AEG-Werken 1300 Rubel einschließlich dieser Zuwendungen.

Von den verschiedensten Kategorien der Arbeiterschaft sind die Landarbeiter, das heißt die Arbeiter der staatlichen Landwirtschaftsbetriebe (Sowchosen) tariflich am niedrigsten eingestuft. Ihr Arbeitslohn liegt aber noch höher als der durchschnittliche Arbeitsverdienst der zwangsweise zu Gesellschaftsbetrieben (Kolkhosen) zusammengefaßten Bauern, die den Hauptbestandteil der Sowjetbevölkerung darstellen. Durch die Enteignung und Kollektivierung der Bauernbetriebe hat die Sowjetregierung die früheren Bauern zu besitz- und rechtlosen Landproletariern herabgedrückt. Die Kollektivierung des Landes war ein mit den rigorosesten Mitteln durchgeführter Feldzug gegen die bäuerliche Bevölkerung des Landes, die nicht nur des größten Teils ihres bisherigen Eigentums beraubt wurde, sondern sich auch durch die Einbeziehung des Dorfes in das bolschewistische Terror-system der bis dahin noch bestehenden Freiheiten des ländlichen Daseins beraubt sah. Das traurige Los dieser versklavten Kolkhosbauern ist in der Schrift von Otto Keil, „Der Bauer in der Sowjetunion“ geschildert worden.

Was die Lohnverhältnisse in den Kolkhosen anbelangt, so sei eine Notiz aus der in russischer Sprache in Berlin erscheinenden Zeitung „Nowoje Slowo“ („Neues Wort“) angeführt, die über die sowjetischen Verhältnisse stets gut unterrichtet ist:

„Die jetzt aus der UdSSR. ausgewiesenen Italiener waren früher selbständig und wurden von den Bolschewisten in das Joch der Kolkhose gebracht. Die Arbeit in den Kollektivwirtschaften ist

Sklavendienst. Bei einem offiziellen Arbeitstag von 8 Stunden wird im Durchschnitt 12—14 Stunden gearbeitet, um das Tagespensum, das sogenannte „Tagwerk“, zu bewältigen. Der Tageslohn beträgt 3 Rubel. Für ein Pud (16 Kilo) an die Regierung gelieferten Getreides erhalten die Kolchose 1 Rubel und 20 Kopfen. Weil ihm, dem Kollektivwirtschaftsarbeiter, vom Getreide nichts verbleibt, ist er gezwungen, in den Staatskonsumvereinen 1 Kilo Mehl zum Preise von 1,30 Rubel zu kaufen. Somit kann der Kollektivwirtschaftsarbeiter für seinen Taglohn nur 2,5 Kilo Brot kaufen.“ (Nr. 6, 1938.)

Lebenshaltungskosten

Für ein Kilogramm Brot muß der sowjetische Arbeiter eine und eine Viertelstunde arbeiten, der Deutsche noch nicht den dritten Teil dieser Zeit. Obwohl die Löhne nach den amtlichen Ausweisen stetig steigen, kann sich der Arbeiter in der Sowjetunion mit dem, was er ausgezahlt bekommt, immer weniger leisten. Die Kaufkraft seines Lohnes nimmt stetig ab. Die Propaganda stellt diese Tatsache auf den Kopf, indem sie von der „Lohnzahlung“ statt vom „Reallohn“ spricht. Gemessen an den deutschen Löhnen hat das Sowjetregime seinen Arbeitern und Bauern im Laufe von zwei Jahrzehnten Hunderte von Milliarden RM. vorenthalten. Das Bulletin des Slawischen Institutes zu Prag hat in Nr. 135 die Kaufkraft eines Arbeiters in der Sowjetunion durch Vergleich der jeweiligen Löhne und Preise für alle erdenklichen Waren errechnet und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Kaufkraft eines Arbeiters in der Sowjetunion:

1932 =	100
1934 =	73
1936 =	49

Die Sowjetzeitung „Sa Industrialisaziju“ bringt in Nr. 1/1936 Angaben, die einen anschaulichen Vergleich über das Verhältnis von Lohn- und Preissteigerung auf Grund des Einkommens des bestbezahlten Arbeiters in der Schwerindustrie ermöglichen:

	1930	1935	Erhöhung
Monatlicher Lohn (brutto)	82,60	184,—	2,5 mal
Roggenmehl pro kg	0,11	1,80	15,5 mal
Fleisch	0,86	7,60	8,8 mal
Zucker	0,70	3,50	5,0 mal

Der britische Gewerkschaftsführer Citrine hat die Lebensbedingungen einer englischen vierköpfigen Familie und einer gleich starken sowjetischen Familie verglichen und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

In England verausgabte eine vierköpfige Familie pro Woche für 2 kg Fett, 15 kg Hülsenfrüchte, 4 kg Fleisch und Fisch und 6 l Milch 20 sh, eine Sowjetfamilie auf Grund anderer Ernährungsweise 24 kg Brot, 1 kg Fett, 3 kg Fleisch und Fisch und 4 l Milch 60—70 Rubel.

Der Wochenlohn des Sowjetarbeiters ist aber im Durchschnitt sehr viel niedriger, so daß er sich selbst diesen einfachen Speisezettel nicht leisten kann. Außerdem muß man die schlechte Qualität der Konsumgüter und ihren oft recht fragwürdigen Zustand berücksichtigen. Das Hauptnahrungsmittel in der UdSSR., das Schwarzbrot, ist im allgemeinen von schlechter Beschaffenheit. Es kommt nicht selten vor, daß allerlei Fremdkörper, wie Nägel, tote Schwaben und ähnliches mit eingebacken sind.

Welche Opfer die Deckung des bescheidensten Haushaltsbedarfes erfordert, zeigen folgende Preise, die im Jahre 1937/38 in Moskau gezahlt werden mußten:

	Rubel		Rubel
1 kg Schwarzbrot	0,85—0,95	1 Tafel Schokolade	3,00— 3,50
1 kg Weißbrot	5,00— 7,00	1 kg Kaffee	54,00
1 kg Weizenmehl	3,00— 4,00	1 Stück Seife	1,50— 5,00
1 kg Kartoffeln	0,60— 1,50	1 cbm Holz	30,00
1 kg Buchweizen	4,50— 5,00	1 Jumper f. Frauen	60,00— 90,00
1 kg Schmalz	12,00—13,00	Männerschuh	100,00—300,00
1 kg Margarine	10,00—10,50	1 Handtuch	10,00— 15,00
1 kg Wurst	12,00—30,00	1 Radio (Volks-	
1 kg Zucker	4,00— 4,50	empfänger)	275,00
1 kg Fisch	5,00—13,00	1 Fahrrad	280,00—300,00
1 kg Butter	17,00—22,00	1 Männerhemd	22,00— 30,00
1 kg Schinken	13,00—20,00	Befohlen (Gummi)	35,—
1 kg Apfel	6,50— 8,40	„ (Leder)	55,00— 60,00
1 Apfelsine	1,00— 1,50	Eisernes Bettgestell	270,00
1 Ei	0,50— 0,60	1 Männeranzug	250,00—300,00
1 l Milch	4,00— 5,00		

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß der Verbrauch hochwertiger Lebensmittel stark abgenommen hat. Der Fleischkonsum je Kopf der Bevölkerung ist von 17 kg im Jahre 1913 auf 2,70 kg im Jahre 1937 gesunken. In den Kantinen, wo ein billiges Essen gereicht werden soll, werden die Arbeiter übervorteilt. So schreibt „Sa Industrialisaziju“ vom 27. April 1937:

„Von 1600 ledigen Arbeitern des Schachtes Nr. 5 des Trustes „Artemugolj“ essen nur 170—200 in der „Stolowaja“ (Kantine). Die Preise sind dort erschreckend hoch, die Qualität des Essens denkbar schlecht. Während beispielsweise ein Hilfsarbeiter 4—5 Rubel am Tage verdient, kostet allein sein Mittagessen in der Kantine 3—4 Rubel, und für Frühstück und Abendbrot muß er außerdem 1,50—2 Rubel aufwenden. Aber auch diejenigen Arbeiter, deren Löhne höher sind, erscheinen nicht in der „Stolowaja“, denn die verabreichten Portionen sind so klein, daß ein Häuer unmöglich davon satt werden kann. Er muß sich, wenn er seinen Hunger wirklich stillen will, zwei Portionen geben lassen und sich dann noch Brot und Wurst kaufen.“

Dem einfachen Arbeiter, der nur den Durchschnittslohn verdient, ist es heute in der Sowjetunion nicht mehr möglich, sich satt zu essen.

Lohnrückstände und Zwangsanleihen

In jedem geordneten Staatswesen ist der Anspruch auf Lohn für geleistete Arbeit eine Selbstverständlichkeit, nicht aber in der Sowjetunion. Wohl haben die „Bürger“ der Sowjetunion nach § 118 ihrer Verfassung „die Garantie der Entlohnung gemäß der Menge und der Güte der geleisteten Arbeit“ — aber nur auf dem Papier. Im Donezbecken erfolgen die Lohnzahlungen mit Verzögerungen von drei bis vier Monaten. Das Organ des Kommissariates für Verkehrswesen „Gudok“ stellte fest, daß „im Fernen Osten die Arbeiter schon den siebten Monat auf ihren Lohn warten“. Die „Sozialistitscheskoje Semledjelije“ vom 16. November 1937 weiß sogar über Lohnrückstände von zehneinhalb Monaten für die Traktorenführer zu berichten. Das Volkskommissariat für Holzindustrie lag im April 1937 mit 50 Millionen Rubel Lohn im Rückstand. Der Chef der Sowjetregierung, Molotow, selbst mußte in einer Rede zugeben, daß im Kraßnodargebiet (Nordkaukasus) die Lohnrückstände die fünfte Million bereits überschritten haben.

Unmittelbar nach dem Sieg der bolschewistischen Revolution wurden die Arbeiter angehalten, „zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft“ einen Teil ihres Lohnes für Staatsanleihen aufzuwenden. Vom Jahre 1927 wurde dieses System obligatorisch. Seit diesem Zeitpunkt werden den sowjetischen Arbeitern und Arbeiterinnen regelmäßig 8—10% vom Lohn für die Zwangsanleihen abgezogen, die zunächst mit 10% verzinst und nach spätestens zehn Jahren getilgt werden sollten. Später ist aber der Zinsfuß auf 4% herabgesetzt und die Tilgungsfrist auf zwanzig Jahre verlängert worden.

Die Einnahmen, die die Sowjets aus den Zwangsanleihen erzielten, stiegen von 726 Millionen Rubel im Jahre 1927/28 auf 5150 Millionen Rubel im Jahre 1936. Der Anleihedienst, d. h. der Tilgungsfond, wird für das Jahr 1941 auf 4300 Millionen Rubel veranschlagt.

Der ungeheure Volksbetrug dieser Zwangsanleihen liegt jedoch in der fortschreitenden Entwertung des Rubels, so daß der Sowjetarbeiter für den Rubel, den er 1927 gezeichnet hat, zehn Jahre später, gemessen an der Kaufkraft, nur den zehnten Teil herausbekam. Denn seit jener Zeit waren

die Preise für Roggenmehl um das 15fache,
„ „ „ Fleisch um das 11fache,
„ „ „ Kartoffeln um das 6fache,
„ „ „ Butter um das 7fache gestiegen.

Am Stande der staatlichen Verschuldung der Sowjetunion wird dieser Betrug ebenfalls offenbar. Nach dem Handbuch des Statistischen Amtes der Sowjetunion betrug die staatliche Verschuldung am

1. 10. 1925	366,7 Millionen Rubel,
1. 10. 1928	1 422,1 Millionen Rubel,
1. 10. 1930	2 568,8 Millionen Rubel,
1. 10. 1932	6 221,0 Millionen Rubel,
1. 1. 1934	14 369,2 Millionen Rubel.

Der offizielle Zwangskurs des Rubels ist kein Maßstab für seine Kaufkraft. Der britische Gewerkschaftsführer Citrine berichtet aus seinen eigenen Erfahrungen, daß er bei seinem Aufenthalt in der Sowjetunion in den dortigen offiziellen Wechselbüros für 1 Pfund Sterling 5 Rubel und 60 Kopelen erhielt, das heißt, der Rubel kostete damals 3 sh 6 d (2,10 RM.). Gleichzeitig konnte man aber an der schwarzen Börse für ein Pfund Sterling 120 Rubel kaufen. Der tatsächliche Wert des Rubels betrug also 2 d (10 Pfg.). Anfang 1936 ist dann der Rubel offiziell abgewertet worden, so daß er jetzt nach dem sowjetamtlichen Kurs nur noch etwa 47 Pfennig wert ist.

Die von der Sowjetstatistik (UdSSR.-Handbuch) bekanntgegebenen Ziffern über den Banknotenumlauf illustrieren so recht die Entwertung, die der Sowjetarbeiter an seinen Zwangsanleihen erleben muß.

Der Banknotenumlauf hat sich wie folgt gesteigert:

1. 7. 1924	147,2 Millionen Rubel,
1. 1. 1926	387,7 „ „
1. 1. 1930	1028,2 „ „
1. 1. 1932	2687,9 „ „
1. 4. 1935	3500,9 „ „

Die Banknotenpresse der Sowjets ist rege tätig. Das wird sich in den nächsten Jahren kaum ändern, und die 4% Zinsen, die für die Zwangsanleihen vergütet werden, sind bei der Entwertung des Rubels und bei der Senkung der Kaufkraft bedeutungslos.

Arbeiterwohnungen

Wie bereits geschildert, wurden durch die fortschreitende Industrialisierung und insbesondere seit dem Beginn des ersten Fünfjahrplanes Millionen von Menschen aus dem Dorfe in die Stadt gezogen. Der eigentliche Arbeitsbedarf der Industrie ist zweifellos viel geringer. Aber das übereilte Tempo der Industrialisierung, die mangelnde Qualifikation der Arbeiter und das organisatorische Durcheinander bringen es mit sich, daß in den Betrieben weit mehr Menschen beschäftigt werden müssen, als normalerweise gebraucht werden. Es kommt häufig vor, daß das Doppelte und Dreifache des normalen Bedarfs an Arbeitskräften aufgeboten werden muß, um die Produktionsaufgaben bewältigen zu können. Je größer der Bedarf an Arbeitskräften im Verlaufe des ersten Fünfjahrplanes wurde, um so mehr mußte man auf gänzlich unausgebildete, teilweise analphabetische und für die Fabrikarbeit ungeeignete Menschen zurückgreifen. In großem Umfange werden Jugendliche herangezogen; man kann Fabriken antreffen, in denen fast nur sechzehn- bis zwanzigjährige Burschen und Mädchen beschäftigt sind. Bezeichnend für das Unorganische und Ungesunde der von den Bolschewisten eingeleiteten industriellen Entwicklung ist die Tatsache, daß man teilweise auch Volkstämme zur Industriearbeit herangezogen hat, die, auf einer mittelalterlichen Kulturstufe stehend, bisher ein primitives Nomadenleben in den Steppen Zentralasiens geführt hatten. In den Fabriken Südsibiriens kann man kirgisische Fabrikarbeiter beobachten, die man durch Enteignung ihrer Viehbestände zur Aufgabe ihres Nomadenlebens gezwungen hat, und deren bekannte Unfähigkeit, eine systematische Fabrikarbeit auszuführen und sich überhaupt irgendwie an das Fabrikleben zu gewöhnen, ganz offensichtlich ist.

Dazu kommt, daß auch unter der bäuerlichen Jugend sich ein verstärkter Drang in die Stadt bemerkbar macht. Diese Jugend ist bereits unter der Sowjetherrschaft aufgewachsen und hat keine Beziehung mehr zu der Vorkriegszeit und auch gar keine Vorstellung vom Auslande, so daß ihr jede Vergleichsmöglichkeit fehlt. Sie wird in dem platten Materialismus erzogen, den die Schule und die bolschewistische Propaganda an sie heranbringt. Als das Ideal wird die moderne Technik hingestellt mit

möglichst großen Betrieben, möglichst großen und komplizierten Maschinen und allen sonstigen Attributen des Fabrikdaseins. Es ist daher kein Wunder, daß die von der Propaganda irreführende Jugend das Bestreben hat, dem Dorfe zu entfliehen und in den Städten die ihr gepriesenen Errungenschaften der Zivilisation zu suchen.

Diesem plötzlichen Zustrom neuer Menschenmassen waren die Städte mit ihren primitiven und von vornherein begrenzten Wohnungsverhältnissen in keiner Weise gewachsen. Da im Sowjetstaate die Bedürfnisse der Menschen immer erst in letzter Linie in Rechnung gestellt werden, so dachte die Sowjetregierung gar nicht daran, auch nur einigermaßen für die Unterbringung der von ihr zwangsweise in die Städte verpflanzten Menschen zu sorgen. Wohl sind hier und da in den Städten einige neue Wohnkasernen hingebaut worden. Im Verhältnis zu dem tatsächlichen Bedarf war aber diese Wohnbautätigkeit gänzlich unzureichend. Meistens handelt es sich dabei um architektonisch scheußliche, mit allen möglichen Baufehlern behaftete Wohnkasernen, die schon nach kurzer Zeit ausbesserungsbedürftig werden. Ein großer Teil der in die Städte verpflanzten Arbeiter muß sich daher mit ganz primitiven Unterkunftsverhältnissen begnügen. In den neuen Industriezentren werden unzulängliche Baracken gebaut, in denen die Arbeiter in großen Gemeinschaftsräumen hausen, etwa so, wie während des Krieges die Kriegsgefangenen untergebracht wurden. Wie katastrophal sich die Wohnungsfrage in den Städten der Sowjetunion entwickelt hat, läßt sich schon daraus ersehen, daß selbst nach der amtlichen Sowjetstatistik die Zunahme des verfügbaren Wohnraumes in gar keinem Verhältnis zu der statistisch ausgewiesenen Zunahme der Stadtbevölkerung steht. Wie Molotow in einer Rede betonte, hat das Bautempo in den letzten sechs Jahren in den Städten mit der Zunahme der städtischen Bevölkerung keineswegs Schritt gehalten. In Moskau stehen nach Sowjetangaben für den Kopf der Bevölkerung nur 4 qm Bodenfläche, d. h. ein Raum von nur zwei Metern Breite und zwei Metern Länge, zur Verfügung. In anderen Städten liegen die Verhältnisse noch ungünstiger. Waren schon vor dem Beginn der Industrialisierungsperiode die Wohnungsverhältnisse äußerst dürftig, so bedeutet die inzwischen eingetretene Verschlechterung, daß ein großer Teil der Industriearbeiter keine menschenwürdige Unterkunft mehr hat.

Gesetzlich waren zunächst 9 qm Wohnfläche pro Person vorgesehen, diese Norm wurde aber bereits im Jahre 1927 auf 5,25 qm und 1931 weiter auf 4,2 qm herabgesetzt. In seinem Buche „Wohnungen und Gewohnheiten“ weist der Sowjetschriftsteller Laurin darauf hin, daß 20 Städte über eine noch geringere Wohnfläche für den Kopf der Bevölkerung verfügen, nämlich über nur 2 qm.

Dieser ungeheure Mangel an Wohnräumen hat zur Folge, daß sich zumeist mehrere Familien in einen größeren Raum teilen müssen. Häufig kommt es vor, daß drei bis vier Familien in einem Zimmer wohnen und schlafen müssen, und bis zu 28 Familien gezwungen sind, mit einer gemeinsamen Küche von 6—8 qm fürlieb zu nehmen. Die Wohnflächen sind dann entweder durch eine spanische Wand oder durch Bindfäden, manchmal auch durch Kreidestriche abgetrennt.

Noch trostloser sind die Wohnverhältnisse in den Werksbaracken. Ein anschauliches Bild von den hier herrschenden Verhältnissen gibt uns Andrew Smith:

„Ausnetzow wohnte mit 550 anderen Arbeitern, Männern und Frauen, in einer Holzbaracke von etwa 250 Meter Länge und 6 Meter Breite. Der Gemeinschaftssaal enthielt ungefähr 500 schmale Betten, mit Matratzen aus Stroh oder getrocknetem Laub. Weder Kopfkissen noch Decken waren vorhanden, als solche dienten Mäntel und andere Kleidungsstücke. Mehrere Bewohner hatten nicht einmal Betten und schliefen entweder auf dem Fußboden oder in Holzlisten. Zuweilen dienten die Betten auch am Tage der einen, des Nachts einer anderen Schicht. Keine Trennung schützte das Privatleben. Schränke oder Kästen waren ebenfalls nicht vorhanden, da die Leute nur die Kleidungsstücke besaßen, die sie auf dem Leibe hatten. Im Gang, der einen Meter breit war, stand eine Reihe von Petroleumöfen, auf denen Männer und Frauen Wasser kochten, das sie ohne Zucker und Milch tranken und dazu ein Stück saures Schwarzbrot aßen. Sie setzten sich auf ihre Betten und nahmen diese Mahlzeit als ihr Mittagessen ein. Dabei berührten sich die Leute, die auf den benachbarten Betten saßen, mit den Knien. Tische gab es überhaupt keine. Ich konnte es nicht lange in dieser Baracke aushalten. Der Geruch von Petroleum und von vielen Menschen von solcher Schmutzigkeit nahmen mir den Atem. Die Stimmung war voller Traurigkeit und tiefsten Elends. Man hörte kein Lachen, kein Singen.“

Ein anderer neutraler Beobachter, der englische Gewerkschaftsführer Citrine, kam zu folgendem Ergebnis: „Ich würde meinen schlimmsten Feind nicht in eine solche Baracke verbannen.“

Von den Sowjets wird offen zugestanden, daß viel zu wenig neuer Wohnraum geschaffen werde, und vor allem, daß erhebliche Summen des Siedlungsfonds durch Unterschlagungen verlorengehen. Einer der führenden Sowjetarchitekten, Professor Moskovnikow, gab zu, daß die Kosten für Bauten in der Sowjetunion viel zu hoch im Vergleich mit

anderen Ländern seien. Die Sowjetzeitung „Sa Industrialisaziju“ vom 1. Juni 1937 schildert die Verhältnisse im Bauwesen folgendermaßen:

„Meist dauert ein größerer Bau in Moskau zwei bis drei Jahre. Es wird nicht planmäßig gearbeitet. An allen Ecken werden Bauten begonnen, aber nicht planmäßig beendet, weil gewisse Baumaterialien nicht beschafft werden können. Aus der Hausordnung ist sehr häufig ersichtlich, daß sich zweiunddreißig Zimmergemeinschaften in vier Küchen teilen müssen. Die Folge ist ein Krieg aller gegen alle.“

Auch die Klagen über die mangelhafte Beschaffenheit der Arbeitersiedlungen reißen nie ab. So ist z. B. in der Sowjetzeitung „Nördliches Donezbecken“ zu lesen:

„Unsere Arbeiter führen in den Arbeitersiedlungen ein entsetzliches Dasein. Es fehlen Fenster, Betten, Wasser: überall herrscht ein nicht zu beschreibender Schmutz. Den besten Arbeitern der Stalinfabrik hatte man Häuser gebaut, in Wahrheit aber sind es Starkästen. Das Baumaterial war feucht, und nun ist es zusammengezogen. In den Räumen zieht es unaufhörlich. Will man einen Blick auf die Straße werfen, so braucht man sich nicht erst an das Fenster zu bemühen, weil die Ritzen bereits den Ausblick gestatten. Die Fensterscheiben sind nur stückweise eingesetzt und durch Wind und Zugluft zum Teil schon wieder defekt.“

Ein großer Teil des vorhandenen Wohnraumes wird von den „Gemeinschaften der Mieter“ verwaltet. Diese Wohnungsmietgenossenschaften verwalten insgesamt über 50 Millionen Quadratmeter Wohnfläche, aber sie kümmern sich, wie in einem amtlichen Bericht zugegeben werden mußte, weder um die Verwaltung der Wohnflächen und der Gelder, noch um die Instandsetzung der Häuser. Diese Mißwirtschaft hat sehr oft dazu geführt, daß sich die Häuser in einem baufälligen Zustand befinden. Wenn man bedenkt, daß bereits in den Jahren des Kriegskommunismus keinerlei Instandsetzungsarbeiten vorgenommen worden sind, und nunmehr die trüben Erfahrungen mit den „Gemeinschaften der Mieter“ vorliegen, so kann man sich von dem Zustand der Wohnhäuser in der UdSSR. eine ungefähre Vorstellung machen.

Sanitäre Verhältnisse, Krankenhäuser und Bäder

Das Gesundheitswesen in der Sowjetunion krankt in erster Linie an dem katastrophalen Ärztemangel, der durch die „schnellen Hilfen“ keineswegs ersetzt werden kann, aber noch mehr an der Nachlässigkeit und Bürokratie, die das Sowjetsystem kennzeichnen. So hat der Kasaner Be-

richterstatter der Sowjetzeitung „Trud“ nicht unrecht, wenn er schreibt: „Es ist für den Sowjetarbeiter sehr schlimm, wenn er krank wird. Auf dem Lande werden Geschlechtskrankheiten überhaupt nicht auskuriert. Die Zahl der in Landbezirken zur Behandlung kommenden Geschlechtskranken beträgt 1,5—3%.“



„In der Arbeiterstadt Nr. 1 . . .“ („Prawda“ vom 19. 3. 1934)

Dieselbe Zeitung beschwerte sich über den langsamen Bau von Krankenhäusern. So sollten im Jahre 1936 790 Krankenhäuser mit 61 796 Betten gebaut werden. Es wurden jedoch nur 139 Krankenhäuser mit 5960 Betten fertig. Der Bau der therapeutischen Klinik, der 1930 begonnen wurde, war Ende 1937 noch nicht fertig. Inzwischen waren die Kosten um 62% höher geworden als veranschlagt.

Der Amerikaner Smith, der selbst in mehreren Betrieben der Sowjetunion gearbeitet hat, schreibt über seine „ärztliche Behandlung“:

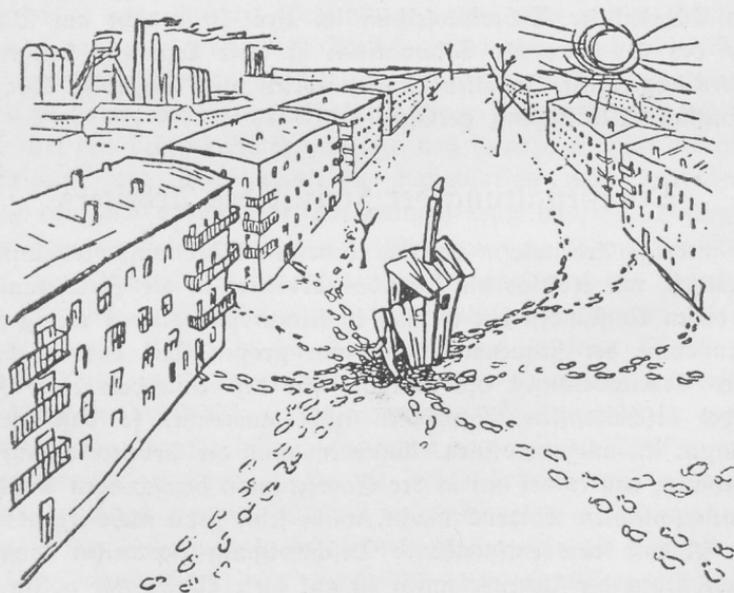
„Als ich in die Abteilung für Nasen- und Ohrenkranke eintrat, wurde mir immer übler. Die Instrumente, die einst nickelplattiert waren, waren vollkommen verrostet und verstaubt. Sie lagen auf primitiven Tischen zerstreut. Keinerlei Sterilisierung wurde vorgenommen. Weder der Arzt noch die Schwestern trugen Gummihandschuhe bei der Operation. Die Schwestern trugen schmutzige Leinenkleider, die lange kein Wasser und keine Seife gesehen hatten. Die Ärztin war das häßlichste Wesen vom ganzen Hause. Sie war aufdringlich gepudert und rot angemalt. Mit einem verrosteten Instrument fuchtelte sie an meinen Augen herum. Dann nahm sie eine lange, verdrehte Spatula, um mir die Zunge niederzudrücken. Doch ich hatte genug von solcher Behandlung. Ich nahm dieses ‚Instrument‘ und warf es an die Wand.“

Von den Kurorten der Sowjetunion wollen wir den luxuriösesten herausgreifen, von dem die Sowjets so viel Aufhebens machen. Es ist das frühere Zarenschloß in Liwadia. Die Gäste sind dort gezwungen, zu je 10—20 Mann in einem Zimmer zu schlafen. Die eisernen Betten stehen so dicht nebeneinander, daß es ein Kunststück ist, hindurchzukommen. Das Essen ist sehr schlecht.

Angeblich geben die Sowjets Milliarden für soziale Leistungen aus. Wie diese aussehen, dafür seien als Beispiel nur die Verhältnisse in dem so viel gerühmten Kurort Alupka auf der Krim angeführt. Dort müssen die Kranken 10—15 Tage warten, ehe sie untersucht werden. Regelmäßige ärztliche Aufsicht fehlt. Nicht selten werden in den Heilstätten Alupkas Neurastheniker in Sanatorien für offene Tuberkulose und umgekehrt Tuberkelkranke in Nervensanatorien untergebracht.

Von Poti am Schwarzen Meer schreiben Sowjetarbeiter an die sowjetische Gebietspresse, daß sie am liebsten aus dem Fenster springen würden. Die Berührung mit dem Bettzeug müsse man tunlichst vermeiden; sonst sei man in wenigen Minuten schon zerstoßen und zerbissen.

Anderer Sowjetarbeiter wiederum, die in Gagry in Abchasien Erholung suchten, teilten mit, daß die dortige Gegend völlig malarieverseucht sei und sich schon aus diesem Grunde keineswegs zur Erholung eigne.



(„Pravda“ vom 25. 8. 1955)

Neuerichtete „Arbeiterstadt“ ist ohne jegliche Kanalisation

Zum Kampf gegen die Malaria mußte die Verwaltung des „Erholungsheimes“ ihren Gästen vorschreiben, soviel wie möglich zu rauchen und zu trinken. Trotzdem werden im Durchschnitt 80% der Erholungsbedürftigen malariakrank. Die Ernährung ist ebenfalls sehr schlecht.

Der in der ganzen Sowjetunion soviel gepriesene Kurort Schafra-nowa in der Baschkirenrepublik bietet seinen „Kurgästen“ Holzspritschen ohne Matratzen an, und die wegen Blutarmut dorthin verschickten Werk-tätigen werden von Scharen von Wanzen und Schaben in der Nachtruhe gestört.

Was die „Prawda“ schließlich über Jalta auf der Krim zu sagen weiß, läßt sich in folgende Sätze zusammenfassen:

„Die aus früherer Zeit stammenden Parks verwahten immer mehr, teilweise sind sie mutwillig zerstört worden. Der Strand macht einen trostlosen Eindruck, weil der Stadtsowjet für dessen Unterhaltung absolut kein Verständnis aufzubringen vermag. Die Trinkwasserversorgung ist infolge des verfallenen Leitungsnetzes nur zu 30% gewährleistet und die Straßenbeleuchtung ist mehr als bescheiden.“

Das Mineralwasser „Narsan“ aus Kislowodsk mußte kürzlich wegen der vielen in ihm herumschwimmenden Mikroben gleichfalls den Heilung suchenden Kurgästen vorenthalten werden.

Das Tschekakuler Tuberkuloseheim im Ural liegt dicht am Bahnhof. Wegen des Qualmes der Lokomotiven ist diese Lage für Lungenkranke besonders ungeeignet. In allen Uralsanatorien wird außerdem über völlig unzulängliche Beköstigung geklagt.

Die Gestaltung der Freizeit des Arbeiters

Der niedrige Arbeitslohn und die traurigen Wohnungsverhältnisse zeigen deutlich, wie trostlos die Lage des Arbeiters in der Sowjetunion ist. Unter diesen Umständen hat er auch in seinem Privatleben wenig Freude. Die Zunahme der Frauenarbeit ist zum großen Teil dadurch bedingt, daß der Arbeitsverdienst des Mannes für den Unterhalt einer Familie auch bei bescheidensten Ansprüchen nicht ausreicht, so daß die Frau gezwungen ist, mitzuverdienen. Außerdem muß der Arbeiter darauf Rück-sicht nehmen, daß es bei den in der Sowjetunion herrschenden Anschauun-gen einen schlechten Eindruck macht, wenn seine Frau nicht irgendwo an-gestellt ist und eine entsprechende Bescheinigung vorweisen kann. Das häusliche Leben der Arbeiterfamilie ist auf diese Weise fast völlig unter-graben. Man wird heute in der Sowjetunion vergeblich nach einem Arbeit-erhaushalt suchen, der auch nur ungefähr den westeuropäischen Begriffen

eines Haushaltes entspricht. Durch Überstunden, Stachanowmethoden, Betriebsversammlungen usw. ist die Freizeit des Arbeiters und auch der Arbeiterfrau schon ohnehin weitgehend eingeschränkt. Infolge der Unzulänglichkeit der örtlichen Verkehrsmittel braucht der Arbeiter gewöhnlich eine erhebliche Zeit, um zu seiner Arbeitsstätte und zurückzugelangen. Straßenbahn und Autobus verkehren sehr unregelmäßig. Auch wenn sie den Fahrplan einhalten, kann man nicht damit rechnen, zu einer bestimmten Zeit befördert zu werden, da die Verkehrsmittel in der Hauptverkehrszeit gewöhnlich überfüllt sind und jeweils nur so viel Passagiere mitnehmen, als an der betreffenden Haltestelle aussteigen. Der Unternehmer Sowjetstaat nimmt aber auf diese Unzulänglichkeiten des örtlichen Verkehrs keinerlei Rücksicht. Unpünktliches Erscheinen im Betrieb wird streng bestraft und kann sogar zur fristlosen Entlassung führen. Bei der Monopolstellung, die der Staat als alleiniger Unternehmer besitzt, bedeutet aber die Entlassung für den betreffenden Arbeiter gewöhnlich den Verlust jeder wirtschaftlichen Existenz und seiner Wohnung. Wer nicht ausreichend Papiere von seiner letzten Arbeitsstelle mitbringt, hat normalerweise kaum Aussicht, irgendwo eine Anstellung zu finden.

Einen großen Teil seiner Freizeit muß der Arbeiter dazu verwenden, um sich die notwendigsten Mittel für seinen Lebensunterhalt zu beschaffen. Das erfordert eine zeit- und nervenraubende Arbeit in überfüllten Läden bei unhöflicher und schlechter Bedienung, wobei man nur zu häufig erfahren muß, daß der gewünschte Artikel gerade nicht vorhanden ist. Hat der Arbeiter das Glück, in einer Mietskaserne eine bescheidene Unterkunft gefunden zu haben, die sich gewöhnlich auf ein kleines Zimmer beschränkt, so wird ihm das Leben dadurch verleidet, daß heute das Licht, morgen die Wasserleitung und übermorgen die Kanalisation nicht funktionieren, oder daß dringend notwendige Reparaturen trotz häufiger Beschwerden von der Hausverwaltung nicht ausgeführt werden. Wenn der Arbeiter versucht, den Widrigkeiten des häuslichen Daseins durch die Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen zu entgehen, so kommt er damit gewöhnlich vom Regen in die Traufe. Wenn er seine Wäsche einer staatlichen Waschanstalt anvertraut, so erhält er sie gewöhnlich erst nach einigen Wochen zurück und muß dann häufig feststellen, daß sie entweder durch Benutzung scharfer Mittel verdorben oder mit der Wäsche anderer Kunden vertauscht worden ist. Da die Arbeiterfrauen meist nicht in der Lage sind, in ihrem eigenen Haushalt regelmäßig das Essen zuzubereiten, hat man in den Industriebetrieben Speiseanstalten für die Arbeiter eingerichtet. Der Betrieb ist hier aber gewöhnlich so unorganisiert, primitiv und unsauber, daß der Arbeiter in seiner Mittagspause sich weder sattessen noch eine Erholung finden kann.

Das Familienleben

Durch all diese Widerwärtigkeiten des täglichen Lebens wird das Familienleben des Sowjetarbeiters aufs schwerste beeinträchtigt. Doch darüber geht der Bolschewismus bedenkenlos hinweg. Im Gegenteil, eine Zerstörung der alten Formen des privaten Familienlebens entspricht durchaus den Zielen bolschewistischer Regierungsmethoden. Am deutlichsten traten diese, auf eine Zerstörung der Familie hinielenden Absichten der Bolschewisten in der ersten Zeit nach der Revolution in die Erscheinung. Damals schufen sie ein Familien- und Eherecht, das einzig in der Welt dasteht und in den zwei Jahrzehnten seines Bestehens bereits verheerende Spuren in den Volkskörpern der in der Sowjetunion lebenden Völkerschaften hinterlassen hat. Für die Eheschließung und die Ehescheidung wurden alle bis dahin bestehenden Hindernisse beseitigt. Die Eheschließung beschränkt sich seitdem in der Sowjetunion auf eine einfache Eintragung ins Standesamtsregister. Ebenso konnte bis vor kurzem auch die Ehescheidung durch eine einfache Erklärung, die sogar nur von einem der beiden Ehepartner ausgesprochen zu werden brauchte, jederzeit erreicht werden. Jeder konnte oft und in beliebig schneller Zeitfolge heiraten und sich scheiden lassen. Selbst eine nichtregistrierte Ehe wurde in ihren rechtlichen Folgen der registrierten Ehe gleichgestellt.

Die Sorge um die Kinder glaubte man weitgehend dem Staate zuschieben zu können. Man stellte sich das Nachwuchsproblem im kommunistischen Staate so vor, daß die Kinder schon im zarten Alter den Eltern abgenommen und in staatlichen Kinderkrippen und Kinderheimen aufgezogen werden. Das Familienleben sollte vollständig aufhören, das Leben des Sowjetmenschen sollte sich nur noch in der Öffentlichkeit abspielen. Infolge der Unzulänglichkeit der staatlichen Mittel und der mangelnden Organisation konnte aber dieses in der ersten Revolutionszeit vorgesehene Programm bei weitem nicht durchgeführt werden. Wohl wurden hier und da einige primitive Kindergärten eingerichtet, aber ihre Zahl fiel im Verhältnis zu dem wachsenden Bedarf kaum ins Gewicht. Da durch den Bolschewismus die Grundlagen für ein Familienleben in vielen Fällen zerstört waren, war das Ergebnis eine massenhafte Verwahrlosung von Kindern, die sich allmählich zu einer gefährlichen Plage für das Land entwickelt hat.

Die Abertausende der „Bespriforni“, der obdachlosen Kinder, die in völliger Wildheit vagabundierend, zu regelrechten Banden organisiert, im Lande herumstreichen, ist eine der traurigsten Folgeerscheinungen der bolschewistischen Volkszerstörung. In ihnen spiegelt sich vielleicht am deutlichsten das furchtbare Gesicht des Bolschewismus wider, denn es gibt hierfür keine Parallele in irgendeinem anderen Lande, selbst nicht im finsternen Afrika.

Lenins Witwe äußerte sich zu diesem Problem wie folgt:

„Die meisten Genossen, auch innerhalb der Partei meinen heute noch, die verwahrlosten Kinder seien eine Erbschaft des Weltkrieges. In Wirklichkeit sind diese Kinder aber, von denen es heute in den Straßen Mosk aus wimmelt, zu drei Viertel nicht das Ergebnis von Unglücksfällen und Nachlässigkeiten früherer Zeiten, sondern der Lebensbedingungen von heute, der Arbeitslosigkeit und ganz besonders des Elends unter den Bauern.“

Der französische Schriftsteller Jacques Lyon charakterisiert diese heimatlos herumziehenden Kinderbanden als eine einzigartige Erscheinung in der Welt:

„Kleine, elende Vagabunden, die in allen wichtigen Stadtteilen von Moskau bis nach dem Süden der Sowjetunion durch ihr Aussehen und ihren Zustand die Würde des Menschen verletzen. Freilich darf man hier kaum noch von Kindern sprechen, es sind vielmehr Rudel von hungernden Hunden oder jungen Wölfen, Wesen von 12—16 Jahren, mit flatternden Fetzen behangen, die kaum die Blöße verdecken.“

Offiziell ist festgestellt worden, daß die Spitäler jeder größeren Stadt in der Sowjetunion zehnjährige Kinder beherbergen, die geschlechtskrank sind und Mädchen im Alter von noch nicht zwölf Jahren, die niederlagen.

Als zu Beginn des Jahres 1935 die Verbrechen Jugendlicher in erschreckendem Maße zunahmen, halfen sich die Sowjets mit einem Gesetz, das die Todesstrafe für Kinder über zwölf Jahre vorsieht. Mit dieser ebenso unverständlichen wie brutalen Maßnahme glaubten sie, der Armee heimatloser Jugend Herr zu werden.

In immer stärkerem Maße werden auch die Frauen zur Fabrikarbeit herangezogen. Da die Bolschewisten unter Mißachtung der von Natur gegebenen Unterschiede nicht nur eine Gleichberechtigung, sondern auch eine Gleichstellung von Mann und Frau propagierten, so werden die Frauen rücksichtslos sogar zu den schwersten physischen Arbeiten herangezogen. Die unglücklichen Frauen, die in grober Männerkleidung beim Bau der Untergrundbahn in Moskau während der Nachtschicht schwerste Erd-

arbeiten verrichteten und häufig das Erstaunen ausländischer Touristen hervorriefen, waren ein deutliches Beispiel für die traurige Lage der Frau im Sowjetstaat. Bereits im Jahre 1931 stellte das Ukrainische Institut für Arbeitsforschung fest, daß einzelne schwere Arbeiten, zu denen man in größerem Umfange Frauen verwandte, zu bedenklichen Schädigungen des weiblichen Organismus führten. Die Bolschewisten gingen aber über diese Erkenntnisse der Wissenschaft ohne Bedenken hinweg, und sind auch heute noch besonders stolz darauf, in ausgesprochenen Männerberufen Frauen zu beschäftigen.

Schon infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage des sowjetischen Arbeiters sind die Frauen gezwungen, in die Fabriken zu gehen. Wie die offizielle Statistik zeigt, ist die Zahl der werktätigen Frauen im Jahre 1936 gegenüber 1918 gewaltig gestiegen:

Arbeiterinnen:	1918	1936
in Bergwerken	24 000	321 000
in der Metallindustrie	15 000	434 000
in der Gewinnung von Mineralien	41 000	178 000
im Baugewerbe	5 000	450 000
in der Schwerindustrie		2 600 000

In der Herstellung von Bohrmaschinen sind bis zu 65% weibliche Arbeitskräfte tätig. Daß der Frauenanteil in der Textilindustrie und den anderen leichteren Produktionsprozessen erst recht erheblich ist, versteht sich von selbst. Der britische Gewerkschaftsführer Citrine hat festgestellt, daß in den Aluminiumwerken zu ungesunder Arbeit hauptsächlich Frauen herangezogen werden. Er konnte sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß es um den Schutz der Frauenarbeit in der Sowjetunion schlecht bestellt ist. Frauen müssen Gräben ziehen, in Bergwerken die Arbeit von Männern verrichten, Sand schaufeln, auf dem Bau tätig sein.

So berichtet der Franzose Victor Boret in seinem Buche „Le Paradis Infernal“ („Das höllische Paradies“):

„Gehen Sie in diese Fabrik oder in ein Traktorenwerk. Gehen Sie in die Halle, wo die Maschinenteile am Hochofen bearbeitet werden. Wen sehen Sie da? Robuste Arbeiter? Nein! Frauen, Frauen, die kurz gekleidet mit entblößten Beinen und Armen an den Hochofen beschäftigt sind. Und wenn Sie Ihr Erstaunen ausdrücken, dann antwortet man Ihnen, daß das die große Eroberung der Frau ist, daß sie das Recht errungen hat, Männerarbeit zu leisten.“

Das Sowjetblatt „Molot“ stellt fest:

„Die Frauen werden gezwungen, Lasten bis zu 75 kg zu tragen. Aus Angst, die Arbeit zu verlieren, bemühen sich die Frauen, ihre Schwangerschaft zu verbergen und arbeiten bis zur Niederkunft. Geburten während der Arbeit sind durchaus kein Wunder.“

Es ist kein Wunder, daß bei diesen trostlosen Zuständen die Arbeiterfrau in der Sowjetunion wenig Interesse daran hat, Kinder in die Welt zu setzen. Sie weiß, daß sie selbst wenig Freude an ihren Kindern erleben kann, denn an ein friedliches Familienleben und an eine ruhige Häuslichkeit kann sie nicht mehr denken. Selbst wenn sie die Gewähr hätte, daß der Staat weiter für die Kinder sorgt, würde sie sich kaum entschließen, nur für die Interessen des bolschewistischen Staates die Last der Mutterschaft auf sich zu nehmen. Sie weiß aber aus Erfahrung, daß die Sorge um die Kinder doch letzten Endes ihr selbst zufällt, und daß jedes Kind bei den äußerst schwierigen Lebensbedingungen für sie eine schwere Belastung darstellt. Sie muß damit rechnen, daß der Mann bei den bestehenden freien Ehegesetzen sie eines Tages verläßt und es dann versteht, sich seiner Unterhaltungspflicht zu entziehen, wie es so häufig geschieht. Sie muß ferner damit rechnen, daß ihre Kinder durch die Sowjetschule und die bolschewistische Propaganda ihr entfremdet und moralisch verdorben werden. Das geht so weit, daß die Kinder sich als Spitzel gegen ihre eigenen Eltern betätigen und die Mühe und Sorge, die diese auf sie verwendet haben, durch üble Denunziationen oder andere Machenschaften vergelten.

Bucharin, der inzwischen auch ein Opfer Stalins geworden ist, verkündete auf dem 13. Kongreß der Kommunistischen Partei folgende Grundsätze:

„Der Mittelpunkt des neuen Kampfes liegt in der Familie. Die Kinder bemühen sich, mit ihren schwachen Händchen, die Familie, diese allerkonservativste Burg aller Scheußlichkeiten der alten Lebensordnung, zu untergraben. Sie laufen ihren Eltern fort, bespitzeln und denunzieren sie und zwingen sie, in die Kommunistische Partei einzutreten. Welche Erfindungskraft und Überzeugungsgabe müssen diese jungen Wesen ausbieten, um das alles auszurichten!“

Die Bolschewisten haben gleichzeitig mit der Einführung des neuen Eherechts als eine große revolutionäre Errungenschaft auch die Abtreibung freigegeben. Infolge der geschilderten Verhältnisse wurde in großem

Umfange, sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande, Gebrauch davon gemacht. So schrieb z. B. die „Prawda“ vom 11. August 1936:

„Von 150 schwangeren Frauen einer Fabrik bestanden 120 auf Abtreibung.“

Nach einem Bericht der „Iswestija“ vom 12. Juli 1936 betrug allein in den Kliniken des Volkskommissariates für Volksgesundheit im Jahre 1935 die Geburten und Abtreibungen:

In den Städten:	573 593 Geburten,	374 935 Abtreibungen,
auf dem Lande:	242 979 Geburten,	324 194 Abtreibungen,
in Moskau:	70 000 Geburten,	155 000 Abtreibungen.

Die Folge all dieser Erscheinungen war ein starkes Zurückgehen der Geburtenziffer. Das war eine für die Bolschewisten unerwartete und höchst unerwünschte Erscheinung. Für ihre militärischen und weltrevolutionären Pläne waren sie an einer starken Bevölkerungszunahme, wie sie früher für die Völker der Sowjetunion charakteristisch war, besonders interessiert. Jetzt zeigte es sich, daß sie durch eine Politik, die von lebensfremden revolutionären Ideen geleitet wird und die Gesetze der Natur und des Volkslebens außer acht läßt, die wichtigste Grundlage des staatlichen Lebens, nämlich den Volkskörper, allmählich zerstören und damit auch ihre eigene Machtposition schwächen. Sie mußten sich daher zu einer gewissen Änderung ihrer gesamten Bevölkerungspolitik entschließen. Die Ehescheidung wurde erschwert, die Unterhaltungspflicht verschärft und die Abtreibung vollständig verboten. All diese Maßnahmen kommen jedoch zu spät. Nachdem man fast zwei Jahrzehnte durch eine verderbliche Bevölkerungspolitik das gesunde Volksempfinden vergiftet und die Grundlagen des Familienlebens zerstört hat, kann man jetzt nicht einfach durch gesetzgeberische Maßnahmen einen plötzlichen Wandel herbeiführen, zumal dann nicht, wenn sich an den Lebensbedingungen nichts ändert und die Einstellung des Regimes, das die Werte von Volk und Familie verneint, die gleiche bleibt.

Aufstiegsmöglichkeiten für den Arbeiter

Obwohl der Bedarf an qualifizierten Sacharbeitern sehr groß ist, sind die Aufstiegsmöglichkeiten für den soliden und anständigen Arbeiter sehr begrenzt. In dem gegenwärtigen korrupten System kommt es auf ganz andere Dinge als auf berufliche Leistungen an, wenn man sich in dem mit den unsaubersten Mitteln geführten Lebenskampf behaupten und vorwärtskommen will. Wer still und ehrlich seine Arbeit tut und darauf verzichtet, öffentlich hervorzutreten und für sich selbst Reklame zu machen,

der wird vergeblich auf Anerkennung warten. Rücksichtslose Streber, gewissenlose Heuchler, Maulhelden, Phrasendrescher und Speichellecker, das sind die Typen, die in der dumpfen Atmosphäre des Sowjetstaates am besten gedeihen. Selbst alte Facharbeiter, die schon in der Vorkriegszeit tätig waren und sich um die Revolution verdient gemacht haben, haben keine Aussicht auf Anerkennung, wenn sie es nicht verstehen, sich die Gunst der tonangebenden Bonzen, die meist noch im jugendlichen Alter stehen, zu erringen. Dazu gehört aber, daß sie rücksichtslos alle offiziellen Maßnahmen, und seien sie noch so unvernünftig, billigen, daß sie in Versammlungen oder bei anderen öffentlichen Anlässen gegen ihre eigene Überzeugung die herrlichen Erfolge der Stalinschen Politik rühmen, daß sie sich um gute persönliche Beziehungen zu allen maßgebenden Bonzen bemühen, und daß sie sich zu politischen Manövern — wie etwa die Stachanowaktion — mißbrauchen lassen, auch wenn diese gegen die Interessen ihrer Arbeitskameraden gerichtet sind. Unter den älteren Arbeitern gab es doch noch eine ganze Reihe von charakterstarken Männern, die so viel Rückgrat besaßen, um diesen Kurs nicht mitzumachen; diese sind entweder in untergeordneten Stellungen geblieben oder als politisch verdächtige Elemente zur Zwangsarbeit verschickt worden.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen in der Sowjetunion wird die Gemeinheit geradezu künstlich hochgezüchtet. Für den ehrlichen Arbeiter ist es entmutigend, mitansehen zu müssen, daß er trotz Fleiß und guten Willens nur mühsam sich durchs Leben schlagen kann, während ein anderer, der ein weiteres Gewissen besitzt und über ein lautes Mundwerk und kräftige Ellenbogen verfügt, sich das Leben sehr viel leichter macht und trotz schlechterer Leistungen viel besser vorwärtskommt. Er wird dadurch zwangsläufig dazu verleitet, es auch selbst mit derartigen Methoden zu versuchen. Die geschäftige Betriebsamkeit, überall zur rechten Zeit zu sein, wo es etwas zu holen gibt, überall seine Verbindungen und Beziehungen zu haben und immer rechtzeitig orientiert zu sein, wie der Wind weht, ist im Sowjetstaat zu einer besonderen Kunst entwickelt worden. Nur wer diese Kunst beherrscht, kann sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Leben einigermaßen erträglich gestalten. Nachdem man 20 Jahre lang das Volk systematisch zu Lüge und Heuchelei, zu ständigem Mißtrauen und gemeinem Denunziantentum erzogen hat, machen sich die Folgen in der Gesamthaltung des Volkes schon sehr deutlich bemerkbar. Es ist heutzutage in der Sowjetunion schwierig, anständige Menschen zu finden, denen man rückhaltlos vertrauen kann. Wenn erst die ältere Generation ausgestorben ist, die in den Vorkriegsanschauungen groß geworden und noch einen gewissen moralischen Halt besitzt, wird es in dieser Hinsicht noch trauriger bestellt sein. Die Demoralisierung des Volkes, die allmäh-

liche Vergiftung des Volkscharakters ist eine der verderblichsten und weittragendsten Folgeerscheinungen des bolschewistischen Terrorregimes.

„Fast alle jungen Leute, die die Leningrader Kommunistische Universität besuchten, waren früher Arbeiter, schreibt „Nowoje Slowo“ — „Neues Wort“, Nr. 19 1938. Man sollte annehmen, daß gerade aus dieser Schicht die künftigen Führer und Kämpfer gegen die Bürokratie hervorgehen. Doch dem war nicht so. Ihr geistiges Leben war mechanisiert. Ihre sozialen Empfindungen waren abgestumpft. Als man ihnen die Leiden der Arbeiterschaft vor Augen führte, fanden sie stets ein und dieselbe Antwort: Sozialistischer Aufbau fordert Opfer.“

So wählt der Sowjetarbeiter

Obwohl das bolschewistische Regime vom ersten Tage an durch Willkür und blutigen Terror seine Macht ausgeübt hat, sucht es durch die Anwendung pseudo-parlamentarischer Methoden nach außen hin den Anschein demokratischer Regierungsgrundsätze zu erwecken. Der Theorie nach sollen die eigentlichen Träger des staatlichen Lebens die vom Volke gewählten Räte, die Sowjets, sein. Von vornherein waren aber die Wahlen zu den Sowjets eine reine Farce. Es konnten immer nur die von der Kommunistischen Partei aufgestellten Kandidaten gewählt werden, was bei dem alten Wahlssystem sehr einfach dadurch erreicht wurde, daß die Abstimmung öffentlich durch Handaufheben sich vollzog. Man konnte sicher sein, daß bei der Erfahrung, die jeder Sowjetbürger mit dem herrschenden Terrorssystem gemacht hat, es kaum jemand wagen würde, bei einer öffentlichen Abstimmung gegen den offiziellen Vorschlag der Partei zu stimmen. Eine Besonderheit des alten Wahlrechts bestand auch darin, daß die Stimmen der Stadtbevölkerung fünfmal höher bewertet wurden als die der Bauern. Diejenigen Elemente, die ihrer sozialen Herkunft nach den Sowjets verdächtig erschienen, wurden des Wahlrechts und aller sonstigen bürgerlichen Rechte beraubt.

Da die Sowjetregierung bei ihrer politischen Annäherung an die westlichen Demokratien nach einem Mittel suchte, um die neuen Bundesgenossen über ihre wahren weltrevolutionären Absichten zu täuschen und ihr blutiges Terrorregiment hinter einem demokratischen Mäntelchen zu verbergen, wurde mit dem Aufgebot eines großen Propagandaapparates im Jahre 1936 eine neue Verfassung proklamiert. Angeblich sollen die Sowjetbürger auf Grund dieser neuen Verfassung ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht genießen. Als aber im Dezember 1937 zum erstenmal nach diesem neuen System gewählt wurde, da zeigte es sich,

daß sich in Wirklichkeit nichts geändert hatte. Es durften nur die aufgestellten Kandidaten gewählt werden. Zur Aufstellung der Kandidaten waren aber nur kommunistische oder unter kommunistischem Einfluß stehende Organisationen zugelassen. Zwar heißt es nach § 141 der neuen Verfassung, daß das Recht zur Bestellung von Wahlkandidaten den „öffentlichen Organisationen der Werktätigen“, d. h. also auch Nichtkommunisten, zusteht. In § 126 derselben Verfassung wird aber ausdrücklich ausgeführt, daß die Kommunistische Partei den leitenden Kern aller Organisationen, sowohl der staatlichen als auch der nichtstaatlichen darstellt. Somit hat praktisch die Kommunistische Partei allein das Recht, Wahlvorschläge auszuarbeiten. Die Wahlkandidaten sind daher nur die ausgesuchten Vertrauensleute der Partei. Die Ausübung des Wahlrechts ist jedem Sowjetbürger zur Pflicht gemacht. Wer nicht zur Wahl erscheint, muß mit seiner Verhaftung rechnen, denn er kommt dadurch in den Verdacht, „ein Trozkist“ oder „ein Faschist“ zu sein. Änderungen auf dem Wahlzettel, wie ein Ankreuzen oder Anstreichen, sind unzulässig. Die ganze Wahl ist lediglich eine erzwungene Demonstration für die Sowjetmachthaber und kann natürlich in keiner Weise die wahre Volksmeinung wiedergeben.

In Artikel 2 des Wahlgesetzes sowie in Artikel 135 der Sowjetverfassung ist vorgesehen, daß Personen, die als politisch nicht zuverlässig angesehen werden, das Wahlrecht entzogen werden kann. Von dieser Bestimmung macht die GPU. ausgiebig Gebrauch. Mitunter genügt eine anonyme Verdächtigung oder Verleumdung, die zu den Ohren der GPU. gelangt, um dem Arbeiter für immer sein Wahlrecht zu nehmen. Bezeichnend für die Rechtsverhältnisse im Sowjetstaat ist die Tatsache, daß schon im Programm der Komintern folgendes festgelegt worden ist:

„Indem der proletarische Staat seine Klassengegner entwaffnet und unterdrückt, betrachtet er gleichzeitig diese Entziehung der politischen Rechte und eine gewisse (!) Einschränkung der Freiheit als vorübergehende Maßnahmen im Kampfe gegen die Versuche der Ausbeuter, ihre Privilegien zu verteidigen oder wiederherzustellen.“

Stalin hat inzwischen zu diesen „vorläufigen Maßnahmen“ wiederholt Stellung genommen und erklärt, daß an ihre Aufhebung noch nicht gedacht werden könne. Die Sowjetmachthaber sind sich darüber im klaren, daß ihr Regime bei dem größten Teil des Volkes leidenschaftlich verhaßt ist und daß sie sich nur durch die rücksichtslose Anwendung ihrer Gewaltmethoden an der Macht erhalten können. Eine geheime Wahl würde für das bolschewistische Regime ein niederschmetterndes Ergebnis zeitigen. Solange aber dieses Regime am Ruder ist, kann trotz aller demokratisch-parlamentarischer Scheinformen von einem Wahlrecht des Arbeiters nicht die Rede sein.

Die „Diktatur des Proletariats“

Wie sich aus den vorausgegangenen Ausführungen ergibt, ist nicht das sogenannte Proletariat die privilegierte Schicht im Sowjetstaat, sondern eine neu emporgekommene Schicht von Parteibonzen und Bürokraten. Die alte soziale Gliederung ist durch die Revolution zerstört worden. Aber an ihre Stelle ist nicht, wie es das bolschewistische Programm forderte, eine klassenlose Gesellschaft getreten, sondern es ist eine neue herrschende Klasse



(„Gringoire“, Paris)

„Diktatur des Proletariats“ oder Diktatur der Kommunistischen Partei
über den sowjetischen Arbeiter ?

entstanden, deren geistiges und sittliches Niveau wesentlich niedriger ist als dasjenige der früheren Oberschicht. In der neu gebildeten Clique der leitenden Funktionäre von Partei und Staat, Armee und GPU., stellen die Juden das einflussreichste und eigentlich beherrschende Element. Das Judentum ist der eigentliche Nutznießer der bolschewistischen Revolution und daher auch die treueste und vielleicht einzig zuverlässige Stütze des Sowjetregimes. Die führende Rolle des Judentums macht sich besonders in den großen Städten so stark bemerkbar, daß sie auch dem einfachen Arbeiter nicht verborgen bleiben kann, zumal da die jüdischen Funktionäre mit der ihnen eigenen Unverfrorenheit und Aufdringlichkeit auftreten. So befindet sich vor allem die Hauptstadt des Landes, Moskau, in einem Zustand zunehmender Verjudung. Einzelne, besonders als Sommerfrische bevorzugte Vororte in der Umgegend von Moskau sind während der Saison fast nur von Juden bewohnt. Auch der bevorzugteste Kurort am Schwarzen Meer, Sotschi, ist eine fast ausschließliche Domäne jüdischer Badegäste geworden. Dieses auffällige Hervortreten der jüdischen Vorzugsstellung löst auch im Volke eine heftige Reaktion aus. Obwohl man sich seit zwanzig Jahren bemüht, den Antisemitismus zu bekämpfen und jede Äußerung antisemitischer Regungen mit hohen Gefängnisstrafen verfolgt, sorgt das anmaßende Treiben der jüdischen Herrscheliga dafür, daß im Volke das Bewußtsein für das unheilvolle Wirken des Judentums nicht verlorengeht. Der Antisemitismus ist in der Sowjetunion eher im Zunehmen als im Schwinden begriffen.

Die herrschende Schicht jüdischer und sonstiger Funktionäre hat es verstanden, sich eine ganze Reihe von Vorrechten persönlicher und materieller Art zu sichern. Der Amerikaner Smith weiß in seinem Buche von einer Unterhaltung mit einem Kommunisten zu erzählen, der ihm zynisch erklärt hat:

„Würden wir den Arbeitern mehr zahlen, dann müßten wir (das heißt wir Kommunisten) zugrundegehen. Wir Kommunisten müssen besser essen und besser leben als die Arbeiter, denn unsere Verantwortung ist größer. (!) Heute mußten wir z. B. länger in der Fabrik bleiben, während die Arbeiter nach Hause gehen konnten. — Selbst wenn 20 Millionen Hungers sterben, dann haben wir immer noch genug Menschen, die die Arbeit weiter verrichten können. Und was tut es schon zur Sache, wenn Millionen Menschen sterben, solange wir den Sozialismus aufbauen?“

Den Eindruck von der Bildung neuer Klassen hat auch Victor Boret nach einer Studientreise durch die Sowjetunion gewonnen:

„Die Bolschewisten haben die Sklaverei eingeführt, indem sie die Zwangsarbeit ansetzten. Die Nachkommen unentbehrlicher Techniker aber werden Jungkommunisten, die den Söhnen der übrigen Bürger vorgezogen werden. Die Stimme der Industriearbeiter gilt im einfachen Rat der Sowjets fünfmal mehr als die der Bauern. Überall wird die Maschine vergöttert und als einzige Segenspenderin alles Glückes gepriesen und gefeiert, und gleichzeitig wird die Unterordnung des Arbeiters unter diese notwendige Göttin gepredigt.“



(„Chitago Herald-Examiner“)

Ein Blick hinter die Kulissen in der Sowjetunion
 „Seht diese freie und glückliche staatsbeherrschende Klasse“

Der französische Bergarbeiter Kleber Legay, ein ehemaliger Kommunist, bekundet im „Daily Telegraph“ vom 18. Dezember 1937, daß es ein Verbrechen sei, wenn die Menschheit noch weiter durch die agitationsmäßig verdrehten Phrasen von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der

Sowjetarbeiter irreführt werde. Typisch für den „Klassenstaat“ sei die Tatsache, daß es beim Schichtwechsel wiederholt zu erregten Auseinandersetzungen kam, die durch bewaffnete GPU. zerschlagen wurden. Aus diesem Grunde ist angeordnet worden, daß jeder Schichtwechsel unter Aufsicht bewaffneter GPU. vor sich geht. Kleber Legay meint, „Elend und Ungerechtigkeit werden nicht dadurch beseitigt, daß man die schlecht-bezahlten Volksmassen „Genossen“ nennt. Der Sowjetstaat steuert dem Klassenstaat zu. Der Bergarbeiter zahlt seine Fahrkarte auf der Eisenbahn, der Offizier der Roten Armee aber nicht! Und die Frauen in der Sowjetunion, insbesondere die Bergarbeiterinnen erleben ein Schicksal, wie sie es selbst in den schwärzesten Tagen des Kapitalismus nicht gekannt haben.“



Das Wappen der Sowjetunion, in der Darstellung des Karikaturisten Pen aus der in Berlin erscheinenden Wochenzeitung „Nowoje Slowo“. Hier wird symbolisch die Herrschaft des Juden mit dem Motto „Raub das Geraubte“ dargestellt

So sieht sich der Sowjetarbeiter um alle Rechte betrogen, die er hoffte, durch die Revolution erringen zu können. Seine materielle Lage ist wesentlich schlechter als in der Vorkriegszeit. Er muß sich eine rücksichtslose

Ausbeutung seiner Arbeitskraft gefallen lassen. Durch Terror, durch Spitzelwesen und Denunziantentum ist er dem herrschenden System wehrlos ausgeliefert. Er hat keine Möglichkeit, soziale Ansprüche, ob sie sich nun auf Entlohnung, Urlaub, Arbeitszeit oder Renten beziehen, gegen die Willkür des Unternehmers Sowjetstaat durchzusetzen. Er muß zusehen, wie der angebliche „Arbeiterstaat“ nicht von Arbeitern beherrscht wird, sondern von volksfremden Juden, denen nichts am Wohle der Arbeiter gelegen ist, sondern die nur danach trachten, den von ihnen unterworfenen Staat und seine Wirtschaft ihren weltrevolutionären Umsturzplänen und ihrem letzten Ziel, der Weltherrschaft des Judentums, dienstbar zu machen.

Werke von Alfred Rosenberg

Der Mythos des 20. Jahrhunderts

Eine Wertung der seelisch-geistigen
Gestaltenkämpfe unserer Zeit

Unaufhaltsam durchdringt dies eigenartige Werk das ganze deutsche Volk und darüber hinaus die germanische Welt. Alle Versuche, es zu verunglimpfen, sind kläglich gescheitert. Der Mythos, den Rosenberg dem Gedanken der zwei Millionen deutscher Helden weihte, die im Kriege für deutsches Leben und ein Deutsches Reich gefallen sind, ist eines der wundervollsten Werke, das in volkstümlicher Weise dem deutschen Volksgenossen die Augen öffnet über sich selbst, seine Geschichte und sein Volk.

Leinen RM. 6,— / Auflage 783 000 Expl.

Geschenkausgabe: Leinen RM. 12,—. Halbleder RM. 16,—

Blut und Ehre

Ein Kampf für deutsche Wiedergeburt

Die markantesten Reden und Aufsätze Alfred Rosenbergs aus seinem fünfzehnjährigen Kampf für die deutsche Wiedergeburt sind hier enthalten. Sie legen ein beredtes Zeugnis ab von seinem beinahe universalen Wirken und sind hochinteressante zeitgeschichtliche Dokumente. Das Buch ist außerdem eine bedeutende Ergänzung zu dem Hauptwerk Rosenbergs: „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“.

Leinen RM. 4,50 / Auflage 140 000 Expl.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen!

Werke von Alfred Rosenberg

Gestaltung der Idee

Blut und Ehre 2. Teil

Die Fülle der Stoffgebiete, die Alfred Rosenberg hier behandelt, ist wieder derartig groß, daß er, immer die nationalsozialistische Weltanschauung als Ausgangstellung nehmend, auf alle Gebiete, Technik und Kultur, Geschichte, Wissenschaft und Kunst, Jugend und Stellung der Frau im nationalsozialistischen Staat zu sprechen kommt. Das vorliegende Buch, das die Festigung des Gedankengutes der großen nationalsozialistischen Revolution zum Ziele hat, ist ein Wegweiser für echte deutsche Kultur und Weltanschauung.

Leinen RM. 4,50 / Auflage 35 000 Expl.

Kampf um die Macht

Blut und Ehre 3. Teil

Die in diesem Werk zusammengestellten Aufsätze spiegeln in überaus lebendiger Form Kampf und Aufstieg der NSDAP. Sie sind geschichtliche Zeugnisse von ungeheurem Wert besonders für den Historiker und den Schulenden. Sie geben jedem Deutschen die Gelegenheit, die Entwicklung der Partei wahrhaft zu verstehen und nachzuleben.

Leinen RM. 6,— / Auflage 70 000 Expl.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen!

Werke von Alfred Rosenberg

Dietrich Eckart

Ein Vermächtnis

Alfred Rosenberg hat mit diesem Werk das Vermächtnis Dietrich Eckarts aufgezeigt: das harte und schwere Sein des Kämpfers mit seinem unbändigen Haß gegen alles Pharisäertum, mit dem selbstsicheren Charakter eines Mannes ohne Rücksicht gegen sich selbst und deshalb auch gegen andere.

Leinen RM. 4,— / Auflage 23 000 Expl.

Das Parteiprogramm

Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP.

Kart. RM. —,50 / Auflage 450 000 Expl.

An die Dunkelmänner unserer Zeit

Eine Antwort auf die Angriffe gegen den „Mythus des 20. Jahrhunderts“

Kart. RM. —,80 / Auflage 660 000 Expl.

Der staatsfeindliche Zionismus

Eine unerläßliche Grundlage, um die Tendenzen des Judentums zu verstehen.

Kart. RM. —,90 / Auflage 35 000 Expl.

Pest in Rußland

Der Bolschewismus, seine Häupter, Handlanger und Opfer

Kart. RM. —,50 / Auflage 28 000 Expl.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen!

Werke von Alfred Rosenberg

Protestantische Kompilger

Der Verrat an Luther und der „Mythus des 20. Jahrhunderts“

Kart. RM. —,70 / Auflage 620 000

Der Kampf um die Weltanschauung

Schriftenreihe: Hier spricht das neue Deutschland, Heft 1

Gebestet RM. —,20 / Auflage 20 000

Weltanschauung und Wissenschaft

Schriftenreihe: Nationalsozialistische Wissenschaft, Heft 6

Gebestet RM. —,30 / Auflage 10 000

Revolution in der bildenden Kunst

Gebestet RM. —,30 / Auflage 10 000

Der Bolschewismus als Aktion einer fremden Rasse

Rede auf dem Parteikongreß zu Nürnberg 1935

Gebestet RM. —,10 / Auflage 350 000

Der entscheidende Weltkampf

Rede auf dem Parteikongreß zu Nürnberg 1936

Gebestet RM. —,10 / Auflage 150 000

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen!

Grundlegende Werke zur Judenfrage

Die Juden in Deutschland

Herausgegeben vom Institut zum Studium der
Judenfrage

Mit dem Beweis der historischen Schuld Judas wird hier der Nachweis von der geradezu unbedingten Lebensnotwendigkeit des vom Nationalsozialismus gegen das Judentum geführten Kampfes und der planmäßigen Ausschaltung des unheilvollen Einflusses der Juden in Deutschland in unwiderleglicher Weise geführt.

Leinen RM. 6,50

Blut und Geld im Judentum

Dargestellt am jüdischen Recht (Schulchan aruch)
Übersetzt von H. G. S. Löwe sen. 1886.

Neu herausgegeben und erläutert von Hermann Schroer.
Erster Band: Eherecht (Eben haäser) und Fremdenrecht

Leinen RM. 6,50

Zweiter Band: Zivil- und Strafrecht. Leinen ca. RM. 10,—

Diszipliniert, streng nach den Gesetzen des Führers, ist der Abbau des fremdrassischen Rechtsdenkens planmäßig zu vollziehen. Den Abbau durch Aufzeigen der jüdischen Waffen zu erleichtern, ist Aufgabe dieser Arbeit. An Hand eines reichen Materials erhält man einen klaren Einblick in jüdische Gesetze.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen!

2-251.130



EESTI RAHVUSRAAMATUKOGU



Z-249677

Einzelpreis RM. —,70, ab 50 Stück RM. —,05, ab 100 Stück RM. —,60
und ab 1000 Stück RM. —.55